

# RheinlandPfalz



## Statistische Monatshefte

2000

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

**August**

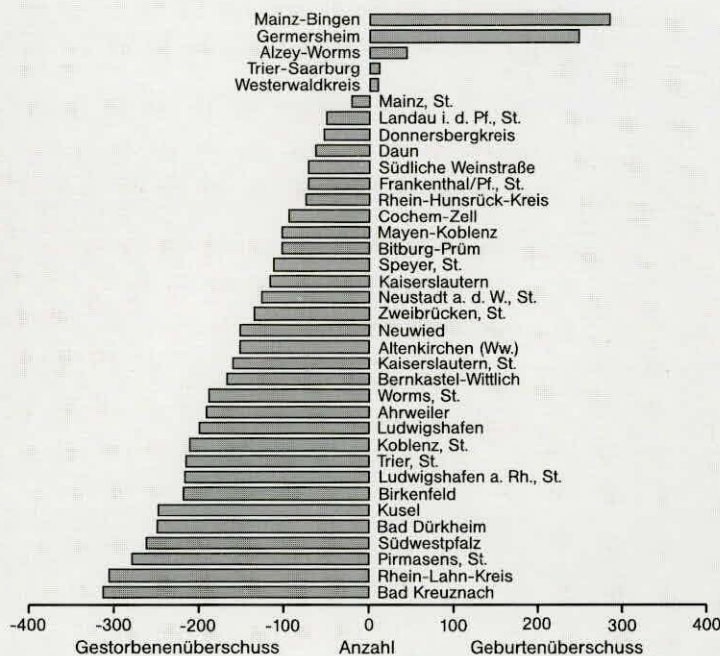
September

Oktober

November

Dezember

Saldo der Geburten und Sterbefälle 1999  
in den Kreisen und kreisfreien Städten



## Inhalt

---

**Technischer Fortschritt und  
Beschäftigungsentwicklung**  
– Eine Möglichkeit der Nutzung von  
Mikrodaten aus der Industriebericht-  
erstattung unter Berücksichtigung  
der Geheimhaltungspflicht –

153 Die Autoren Diplom-Kaufmann Joachim Junkes und Professor Dr. Dieter Sadowski von der Universität Trier berichten über ein Projekt, mit dem basierend auf Ergebnissen der Industriestatistik, die Wirkung von technischem Fortschritt auf Betriebsebene analysiert wird. In Kooperation mit dem Statistischen Landesamt werden hierzu nicht anonymisierte Einzeldaten der Industriestatistik herangezogen, ohne dabei die statistischen Geheimhaltungsbestimmungen zu verletzen.

---

**Die Hochbautätigkeit 1999**

159 Die Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsergebnisse des Jahres 1999 in Rheinland-Pfalz zeigen, dass sich die Schwerpunkte des Baugeschehens gegenüber dem Vorjahr weiter zugunsten des Eigenheimbaus sowie des Nichtwohnbaus verschoben haben.

---

**Kurzbeiträge**

171 Geburten in Rheinland-Pfalz nehmen weiter ab  
172 Bruttojahresverdienste der Angestellten

---

**Anhang**

57\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
63\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland



**Statistisches Landesamt kooperiert mit der Universität Trier**

Im Rahmen einer seit 1997 bestehenden Kooperation zwischen dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz und der Universität Trier als Auftraggeber werden auf einem seitens des Auftraggebers bereitgestellten und nicht vernetzten PC Einzeldaten aus der Statistik des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes mit speziellen Auswertungsprogrammen aufbereitet, die die Universität Trier eigens für ihre Fragestellungen entwickelt hat. Die Ergebnisse werden vor der Weitergabe an den Auftraggeber von Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes auf die Wahrung der statistischen Geheimhaltung geprüft. Dieses zuerst im Niedersächsischen Landesamt für Statistik praktizierte Vorgehen hat den entscheidenden Vorteil, dass es der Wissenschaft ermöglicht, für ihre Auswertungen nicht anonymisierte Einzeldaten der amtlichen Statistik zu nutzen, ohne dass dabei die strengen Geheimhaltungsbestimmungen verletzt werden.

Das von der Universität Trier zurzeit im Rahmen dieser Kooperation durchgeführte Projekt hat das Ziel, Wirkungen von technischem Fortschritt auf Betriebsebene zu analysieren. Die simultane Untersuchung der Querschnitts- und Zeitdimension im Rahmen einer Panel-datenanalyse lässt tiefergehende Auswertungen zu als die alleinige Betrachtung eines Mikrodatenquerschnitts bzw. von Zeitreihen aggregierter Kennzahlen. So kann z. B. untersucht werden, inwieweit Firmen Arbeit durch Kapitaleinsatz lediglich substituieren bzw. aufgrund der gestiegenen Produktivität ihren Beschäftigungsstand halten bzw. sogar neue Arbeitnehmer einstellen. Wirtschaftspolitische Fördermaßnahmen können damit zielgerichteter eingesetzt werden, da die Ursache von Arbeitsplatzentstehung und -abbau genauer erkennbar ist. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 153.

**Rheinland-Pfälzer setzen auf Wohneigentum**

Die erteilten Baugenehmigungen des Jahres 1999 zeigen es überdeutlich: Die Bildung von Wohneigentum hat für die Rheinland-Pfälzer höchste Priorität. Von den im vergangenen Berichtsjahr genehmigten 13 358 neuen Wohngebäuden mit insgesamt 20 868 Wohnungen waren allein 10 104 Eigenheime mit einer Wohnung (75,6%). Daneben wurden 2 290 Zweifamilienhäuser genehmigt. Während die Anzahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhauswohnungen gegenüber dem Vorjahr um 10,5% anstieg, war der Bau von Wohngebäuden mit drei und mehr Wohneinheiten (ohne Wohnheime) erneut rückläufig. In dieser Gebäudekategorie

genehmigten die Bauaufsichtsbehörden 959 Gebäude mit 5 836 Wohnungen, 10% weniger als im Vorjahr (6 384). Alle neuen Wohngebäude kosten die Bauherren 6,1 Mrd. DM. Damit wurden die in 1998 geplanten Wohnungsbauinvestitionen (5,85 Mrd. DM) um rund 250 Mill. DM bzw. um 4,3% übertroffen.

Im Nichtwohnbau wurde 1999 mit 2 602 neuen Bauwerken die höchste Zahl an Baugenehmigungen seit dem Jahre 1980 (2 715) registriert. Das sind 8,5% mehr als im Jahr 1998, in dem 2 398 Baufreigaben erteilt wurden. Für die Bauwerke veranschlagten die Bauherren Baukosten von rund 2,7 Mrd. DM. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 159.

**Bruttoinlandsprodukt 1999 real um 1,4% gestiegen**

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ legt erstmals Länderergebnisse nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) für die Jahre 1991 bis 1999 vor. Danach stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr um 1,4% auf 165,3 Mrd. DM. In jeweiligen Preisen bewertet erhöhte sich der Wert der im Land erwirtschafteten Leistung um 2,3% auf 171,9 Mrd. DM. Die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz entsprach annähernd dem Bundesdurchschnitt. Für Deutschland wurde ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5% ermittelt, nominal wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 2,5%.

Die geringfügig unterdurchschnittliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist zum einen auf die gegenüber dem Vorjahr beinahe unveränderte Wertschöpfung (+0,2%) des anteilsstarken verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen; zum anderen war in der Land- und Forstwirtschaft entgegen der Bundesentwicklung ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Die Entwicklung im rheinland-pfälzischen Baugewerbe verlief dagegen deutlich günstiger als in Deutschland. Die kräftigsten Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Rheinland-Pfalz kamen wiederum von dem Dienstleistungsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, der preisbereinigt um 3,9% expandierte, und dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit einem Anstieg um 3%. Ein unterdurchschnittlicher Zuwachs ergab sich hingegen im Bereich Öffentliche und private Dienstleister durch die stagnierende Wertschöpfung des staatlichen Sektors. Über weitere Ergebnisse und die methodischen Änderungen durch das neue ESGV wird in einer nächsten Ausgabe der Statistischen Monatshefte berichtet. ker



**Baureifes Land in der Eifel am billigsten**

Im Jahr 1999 wechselten fast 13 900 unbebaute Grundstücke in Rheinland-Pfalz den Eigentümer. Dabei wurden rund 1,6 Mrd. DM für eine Fläche von 17,2 Mill. m<sup>2</sup> bezahlt. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis lag bei 92 DM. Drei Viertel der Käufälle betrafen baureifes Land, 16 % entfielen auf Rohbauland.

Im Durchschnitt kostete der Quadratmeter baureifes Land in Rheinland-Pfalz 150 DM. Die Preise wiesen auf Landesebene erhebliche Unterschiede auf. Am billigsten war der Quadratmeter in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun mit 37 bzw. 42 DM. Durchschnittlich wurde in den Landkreisen ein Preis von 129 DM bezahlt, in den kreisfreien Städten dagegen von 399 DM. Die höchsten Preise ergaben sich in den Städten Mainz und Speyer mit 647 bzw. 515 DM je Quadratmeter. Aber auch in der Stadt und im Landkreis Ludwigshafen war baureifes Land mit 486 bzw. 458 DM je Quadratmeter extrem teuer. hw

**Landwirtschaftliche Grundstücke teurer**

Im Jahr 1999 wurden 4 647 Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken registriert. Die dabei umgesetzte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von 3 215 ha erbrachte rund 61 Mill. DM. Für einen Hektar errechnet sich ein durchschnittlicher Kaufwert von fast 19 000 DM, gut 1 500 DM mehr als im Jahr zuvor. Der Kaufwert für einen Hektar Ackerland lag im Schnitt bei 22 800 DM, der für Grünland bei 13 400 DM.

Bei landwirtschaftlichen Grundstücken wird der Kaufpreis neben der Nutzungsart und der Lage des Grundstücks insbesondere durch die Bodengüte bestimmt. Für einen Hektar gutes Ackerland (Ertragsmesszahl von 60 und mehr pro Ar) wurden nahezu 40 700 DM bezahlt, beim Grünland mit der gleichen Bodengüte waren es nur 16 800 DM. Bei einer Ertragsmesszahl zwischen 50 und 60 errechnete sich für Ackerland ein Hektarkaufwert von 23 300 DM und für Grünland von 16 700 DM. Bei geringer Bodengüte (unter 30) wurden für Ackerland im Schnitt 12 800 DM und für Grünland rund 11 400 DM pro Hektar Erlöst.

Die höchsten Kaufwerte je Hektar landwirtschaftlicher Fläche wurden in den Landkreisen Ludwigshafen (51 800 DM), Bad Dürkheim (43 000 DM) und Mainz-Bingen (36 700 DM) ermittelt. Die niedrigsten Hektar-

werte wiesen die Landkreise Birkenfeld (7 650 DM), Rhein-Hunsrück (9 900 DM), Kusel (10 200 DM) und Daun (10 300 DM) auf. br

**Weizenanbau wieder deutlich ausgeweitet**

Die Ernte von rund 257 200 ha Getreide in Rheinland-Pfalz hat dieses Jahr bereits Anfang Juli mit der Wintergerste begonnen. Sie musste dann allerdings aufgrund des nachfolgenden schlechten Wetters unterbrochen werden. Etwa ein Drittel der Getreidefläche entfällt in diesem Jahr auf Winterweizen (96 600 ha). Seine Anbaufläche wurde gegenüber dem Vorjahr um rund ein Viertel ausgedehnt. Dies ging überwiegend zu Lasten der Sommergerste (71 300 ha). Höhere Anbauflächen wurden auch für Wintergerste (34 900 ha), Roggen (14 500 ha) und Triticale (14 300 ha) ermittelt. Viele Landwirte mussten 1999 auf Sommergetreide ausweichen, weil sie wegen des regenreichen Herbstes 1998 den geplanten Wintergetreideanbau nicht vollständig realisieren konnten.

Der Ölsaatenanbau (31 100 ha) ging um etwa 14% zurück. Winterraps, mit rund 27 600 ha die wichtigste Ölf Frucht, wurde um gut 7% eingeschränkt. Der besonders im Süden von Rheinland-Pfalz verbreitete Kartoffelanbau nahm 9 700 ha in Anspruch (-7%). Darunter waren allein 3 400 ha Frühkartoffeln. br

**4% weniger Milchkühe**

Anfang Mai 2000 gab es in Rheinland-Pfalz noch 131 300 Milchkühe. Der Bestand hat sich damit binnen Jahresfrist um fast 4% verringert. Gleichzeitig stieg die Zahl der Ammen- und Mutterkühe auf 53 500 Tiere (+2,5%). Insgesamt wurden Anfang Mai noch von knapp 8 700 landwirtschaftlichen Betrieben rund 452 800 Rinder (-1%) gehalten. Zu dieser Entwicklung hat sicherlich auch die neue Regelung für die Übertragung von Milchquoten beigetragen, die im Frühjahr viele Betriebe zur Aufgabe der Milchproduktion bewogen hat.

Der Schweinebestand hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt um gut 5 000 auf 374 200 Tiere vermindert. Die Zahl der Schweinehalter (3 600) ging um 15% zurück. Die seit dem Sommer 1999 bessere Erlössituation hat dazu geführt, dass der Rückgang bei den Tieren deutlich geringer war als im Vorjahr. So nahm die Zahl der Mastschweine (142 200) sogar um 2,6% zu. br



## Technischer Fortschritt und Beschäftigungsentwicklung

– Eine Möglichkeit der Nutzung von Mikrodaten aus der Industriebereichterstattung Rheinland-Pfalz unter Berücksichtigung der Geheimhaltungspflicht –

*Bei dem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Referates, das der Mitautor Joachim Junkes auf einem am 24. und 25. Februar 1999 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden stattgefundenen Workshop „Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Nutzung von Unternehmensdaten aus der amtlichen Statistik“ gehalten hat. Er ist im Dezember 1999 in Band 14 der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“ erschienen. Die dort kommentierte Untersuchung basiert auf einer im Jahr 1997 begonnenen Kooperation zwischen dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz und der Universität Trier, bei der unter Wahrung der strengen statistischen Geheimhaltung auf einem von der Universität Trier bereitgestellten und nicht vernetzten PC im Statistischen Landesamt Einzeldaten der Industriestatistik mit Auswertungsprogrammen aufbereitet werden, die die Universität Trier eigens für ihre Fragestellungen entwickelt hat.*

### 1. Einleitung

Der Titel zeigt die beiden Schwerpunkte, die in diesem Artikel angesprochen werden: Zum einen geht es um eine neue Idee, wie die Daten der Industriebereichterstattung genutzt werden können. Die Wirkung von technischem Fortschritt – von Innovationen – auf die Beschäftigungsentwicklung ist seit langem Gegenstand der politischen Diskussion: Schlagworte wie „Job-Killer“ oder „Job-Knüller“ haben die Runde gemacht (vgl. FRANKE 1987: 23). In wissenschaftlichen Analysen wird versucht, die Beschäftigungseffekte von Innovationen zu quantifizieren, indem neue – maßgeschneiderte – Datenquellen wie z. B. das *Mannheimer Innovationspanel* (vgl. HARHOFF / LICHT 1994) erhoben und untersucht werden. Die Teilnahme von Unternehmen bei solchen durch die Wissenschaft selbst erhobenen Datensätzen ist freiwillig, sodass nicht auszuschließen ist, dass sich die Teilnahmeverweigerer in ihren unbekannten Merkmalsausprägungen systematisch von den teilnehmenden Firmen unterscheiden (vgl. KRUG et al. 1994: 171). Der daraus resultierende *Sample Selection Bias* stellt u. U. ein gravierendes Problem dar. Wenn es gelingt, die

auf der Auskunftspflicht der Betriebe beruhenden Daten der Industriebereichterstattung zur Analyse der Wirkungen des technischen Fortschritts zu nutzen, könnte diese mögliche Quelle einer Verzerrung umgangen werden. Im nächsten Kapitel wird die Idee skizziert, wie sich mit Hilfe von Daten der amtlichen Statistik die Wirkung von technischem Fortschritt auf die Beschäftigungsentwicklung messen lassen könnte. Ergebnisse dazu präsentieren wir noch nicht, da sich das Projekt noch im Anfangsstadium befindet.

Der zweite Schwerpunkt zielt auf die Umsetzung und damit auf die Frage, wie die Forschergruppe an der Universität Trier den Datenbestand der amtlichen Statistik in Rheinland-Pfalz nutzt und dabei den Datenschutzbestimmungen Rechnung trägt. Dabei werden die ersten Erfahrungen und Ergebnisse der im Jahre 1997 gestarteten Kooperation zwischen dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems und der Universität Trier – dem *Betriebspanel Rheinland-Pfalz* – erläutert und insbesondere der Prozess des Datenaustauschs beschrieben<sup>1)</sup>.

### 2. Ökonomische Wirkungen des technischen Fortschritts

#### 2.1 Messung des technischen Fortschritts

In der traditionellen (und etwas älteren) Ökonomie wird technischer Fortschritt nicht direkt gemessen, sondern oft lediglich als Restkategorie oder als Trend in ökonomischen Modellen erfasst. Welche Form von technischem Fortschritt in welcher Weise z. B. auf die Beschäftigung wirkt, ist somit nicht zu erkennen, weil aus der Wirkung selbst auf die Form geschlossen wird. Wenn man z. B. den Einsatz von Inputfaktoren und den dadurch generierten Output in Form einer Produktionsfunktion modelliert, so wird Outputerhöhung bei gleich bleibendem Faktoreinsatz und konstanten Faktorpreisen über die Zeit hinweg quasi *per definitionem* technischer Fortschritt genannt, ohne diesen direkt zu messen. Vielmehr deutet man die Veränderung der Input-Output-Relation ohne Erhöhung des Inputs – praktisch das, was nicht erklärt werden kann – als technischen Fortschritt, als Innovation. Diese Unterlassung der direkten Messung führte schon früh zur Einschätzung der Vorgehensweise als „measure of our ignorance about the causes of economic growth“ (ABRAMOWITZ 1956: 11). Dieses Versäumnis der direkten Messung führt auch dazu, dass man die Wirkung nicht

<sup>1)</sup> Wir danken den an dem Projekt beteiligten Kollegen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz – insbesondere Herrn Hans-Henning Meincke und Herrn Hartmut Juth – für die kooperative Zusammenarbeit. Das *Betriebspanel Rheinland-Pfalz* wird teils finanziert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz.



differenziert erfassen kann. Je nachdem, wie die Restgröße „technischer Fortschritt“ auf den Faktoreinsatz wirkt, wird sie faktornutzender, faktorsparender oder faktorneutraler technischer Fortschritt genannt (SCHETTKAT / WAGNER 1989: 2).

Neuere, vor allem mikroökonomische Forschung versucht, dieses Manko durch eine direkte Messung zu beheben. Dabei werden verschiedene Formen der Innovationen unterschieden: *Prozessinnovationen* und *Produktinnovationen*. Produktinnovationen beschreiben neue oder verbesserte Produkte bzw. Dienstleistungen aus Sicht des Unternehmens, während sich Prozessinnovationen auf den unternehmensinternen Einsatz neuer oder verbesserter Fertigungs- oder Verfahrenstechniken (inkl. Automation) beziehen (vgl. BLECHINGER / PFEIFFER 1999: 132). Zur Messung kann man grundsätzlich zwei Typen von Indikatoren unterscheiden: Technikorientierte Messgrößen – wie z. B. die Anwendung von Industrierobotern oder computergestützter Fertigungstechnologie – bzw. wertbezogene Indikatoren – so z. B. Aufwendungen für F&E-Investitionen oder die Zahl der Mitarbeiter in F&E-Abteilungen. Damit ist technischer Fortschritt keine Restgröße mehr, sondern wird direkt(er) anhand einer beobachtbaren Kennzahl oder -größe gemessen, der eine hohe positive Korrelation mit der Innovationstätigkeit selbst unterstellt wird. Jedoch scheint noch immer zu gelten: „Eine universelle Messgröße des technischen Fortschritts, die für alle Analyse Zwecke gleich gut geeignet ist, steht jedenfalls nicht zur Verfügung“ (SCHETTKAT / WAGNER 1989: 4).

## 2.2 Wirkungen des technischen Fortschritts auf die Beschäftigung

In der landläufigen Meinung wird technischer Fortschritt oft mit Prozessinnovationen, die zu Rationalisierungsmaßnahmen führen, gleichgesetzt: Arbeitsabläufe werden dadurch effizienter gestaltet, was bei Opponenten zur Auffassung führt, dass dadurch Menschen „überflüssiger“ würden und deswegen der Beschäftigungsabbau folgte. Befürworter wiederum verweisen darauf, dass die Unternehmen durch neue Technologien konkurrenzfähiger würden, was zur langfristigen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unabdingbar sei (vgl. etwa FRANKE 1987).

Diese häufig in der politischen Diskussion vorgebrachten Argumentationen bedürfen jedoch aus wissenschaftlicher Sicht einer Differenzierung, da die Zusammenhänge keineswegs so zwingend sein müssen. Zunächst sollte nach der Wirkung der verschiedenen Innovationstypen unterschieden werden: *Prozessinnovationen* führen zwar häufig zu Rationalisierungsmaßnahmen, müssen jedoch nicht zwingend einen Arbeitsplatzabbau nach sich ziehen. So kann die Produktmarktposition des prozessinnovierenden Unternehmens dadurch so weit gestärkt werden, dass die Produktion ausgeweitet und dadurch zusätzliche Beschäftigung aufgebaut wird. Mit *Produktinnovationen* scheint auf den ersten Blick ein Beschäftigungsschub gekoppelt zu sein, da das produktinnovierende Unternehmen dieses neue Produkt schließlich zusätzlich fertigen muss. Jedoch können dadurch *indirekte* negative Wirkungen z. B. bei Zulieferern oder auch bei Konkurrenten eintreten, wodurch der Beschäftigungssaldo negativ werden kann. Die Wirkung verschiedener Typen

von technischem Fortschritt – von Innovationen – ist mithin mehr eine empirische als eine rein theoretische Frage. Wichtig erscheint dabei die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Effekten (vgl. ZIMMERMANN 1987: 254 f.).

Bei der Messung von *direkten* Beschäftigungseffekten – also solchen, die unmittelbar im innovierenden Unternehmen selbst auftreten – haben neuere mikroökonomische Studien Folgendes aufgedeckt: Produktinnovationen scheinen leicht positive Beschäftigungswirkungen nach sich zu ziehen, während Prozessinnovationen eher negativ wirken (vgl. etwa ROTTMANN / RUSCHINSKI 1997: 67). Beide Innovationstypen treten jedoch nicht unabhängig voneinander auf, vielmehr sind sie stark positiv miteinander korreliert. Hier schließt sich die Frage an, wie der Gesamteffekt von Innovationen auf die Beschäftigung aussieht. Beispielhaft seien zwei neuere Untersuchungen zitiert: ROTTMANN / RUSCHINSKI (1997: 66) sind der Frage mit Hilfe von Daten des *Ifo-Instituts* nachgegangen und fanden eine leicht positive Gesamtwirkung, während BLECHINGER / PFEIFFER (1999: 143) anhand des *Mannheimer Innovationspanels* eine eher negative Gesamtwirkung sehen. Folglich scheint die Frage empirisch noch nicht geklärt zu sein. Weitere Evidenz ist hier wünschenswert.

## 3. Messung von Innovationswirkungen anhand des Betriebspanels Rheinland-Pfalz

### 3.1 Idee der Operationalisierung

Es stellt sich zunächst die Frage, wie mit Hilfe von – in Bezug auf das Thema „technischer Fortschritt“ sehr unspezifischen – Angaben der Industrieberichterstat-

Übersicht 1:

Variablenliste des Monatsmeldepanels

1.1	Betriebsnummer	} Ordnungsvariablen
1.2	Unternehmensnummer	
1.3	Identifikatorvariable	
1.4	Kreisschlüssel	
1.5	Wirtschaftszweignummer (NACE)	
1.6	Berichtsjahr	
2.1	Anzahl der Monatsmeldungen	} Inhaltsvariablen
2.2	Beschäftigte	
2.3	Angestellte	
2.4	Arbeiter	
2.5	Arbeiterstunden	
2.6	Bruttolohn- und Gehaltsummen	
2.7	Gehaltsummen	
2.8	Lohnsummen	
2.9	Gesamtumsatz	
2.10	Inlandsumsatz	
2.11	Auslandsumsatz	
2.12	Investitionen insgesamt	
2.13	Investitionen: Grundstücke mit Bauten	
2.14	Investitionen: Grundstücke ohne Bauten	
2.15	Investitionen: Maschinen und masch. Anlagen	
2.16	Aufwendungen für Mieten und Pachten	
2.17	Bruttoproduktionswert	



tung solche sehr spezifischen Erhebungen wie das *Mannheimer Innovationspanel (MIP)* sinnvoll ergänzt werden können. Das MIP untersucht ganz gezielt die Ursachen und Wirkungen von Innovationen, jedoch ist dies keine originäre Aufgabe der amtlichen Statistik. Verdeutlichen kann man dies anhand der Variablen in der Übersicht 1, die im *Betriebspanel Rheinland-Pfalz* aus dem Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, der vierteljährlichen Produktionserhebung und der jährlich stattfindenden Investitionserhebung zusammengefasst werden. Wie auch das Modellprojekt in Niedersachsen besteht das Betriebspanel Rheinland-Pfalz aus zwei Teileinheiten: Das *Totalerhebungspanel* enthält Informationen über Umsatz- und Beschäftigtenzahlen sämtlicher Industriebetriebe, die im Erfassungszeitraum wenigstens einmal für Erhebungen der amtlichen Industrierichterstatistik meldepflichtig waren. Im Monatsmelderpanel werden die Variablen in der Übersicht 1 erfasst, jedoch lediglich für Industrie- und Handwerksbetriebe, die zumindest in einem Jahr meldepflichtig für den Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe waren (vgl. WAGNER 1994: 436).

Sicherlich ein Nachteil für die Fragestellung ist, dass neben den Ordnungsvariablen nur sehr unspezifische ökonomische Wertgrößen des Unternehmens zugänglich sind: Angaben über Beschäftigtenzahlen, Lohnsummen, Umsätze und Investitionssummen. Letztere nicht einmal separat ausgewiesen in F&E-Investitionen, woraus sich schließlich ein wertorientierter Indikator für die Innovationstätigkeit eines Betriebes ableiten ließe. Es stellt sich die Frage, wie daraus ein Indikator für technischen Fortschritt gewonnen werden kann, mit dessen Hilfe sich die beiden zentralen Vorteile des Betriebspanels nutzen ließen: dass eine Vollerhebung zugrunde liegt und Auskunftspflicht für die betroffenen Betriebe besteht.

Zur Umsetzung technischen Fortschritts im Sinne von Prozessinnovationen bedarf es Investitionen. Im verarbeitenden Gewerbe kann man davon ausgehen, dass Innovationen zur Erhöhung der Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen führen. Folglich können wir davon ausgehen, dass bei innovierenden Betrieben ein Anstieg in der Variable 2.15 „Investitionen: Maschinen und maschinelle Anlagen“ zu verzeichnen ist.

Dies jedoch bereits als Indikator zu sehen und daraus Beschäftigungswirkungen zu messen, ist denkbar ungeeignet und zu kurz gegriffen: Expandierende Betriebe erhöhen ihre Investitionstätigkeit in diesem Bereich selbstverständlich auch; damit muss jedoch keinerlei innovative Aktivität einhergehen. Würde man dies ignorieren und trotzdem Innovationen mit solchen Investitionen gleichsetzen und die Beschäftigungswirkung messen, käme ein hoffnungslos nach oben verzerrter Wert heraus: Selbst wenn Innovationen tatsächlich stark negative Beschäftigungswirkungen nach sich zögen, würde dies überlagert durch vermutlich stark

positive Beschäftigungswirkungen expandierender Betriebe – diese würden wohl aufgrund ihrer Expansion Arbeitskräfte nachfragen. Auf drastische Art und Weise würde man eine völlig falsche Schlussfolgerung ziehen, nämlich dass Prozessinnovationen zu zusätzlicher Beschäftigung führten.

Man muss versuchen, diesen hier verzerrend wirkenden Einfluss der expandierenden Betriebe zu filtern. Im verarbeitenden Gewerbe ist anzunehmen, dass eine Betriebsvergrößerung mit einer physischen Vergrößerung der Produktionsstätte einher geht<sup>2)</sup>. Physische Vergrößerungen von Betrieben vollziehen sich typischerweise wohl in folgender Art und Weise:

- Ein Grundstück wird gekauft und bebaut.
- Ein bereits vorhandenes Grundstück wird neu bebaut.
- Ein z. B. bereits mit einer Fertigungshalle bebautes Grundstück wird angemietet.

Diese Vorgänge werden im Monatsmelderpanel quantitativ erfasst mit Hilfe der Variablen 2.13: „Investitionen: Grundstücke mit Bauten“, 2.14: „Investitionen: Grundstücke ohne Bauten“ sowie 2.16: „Aufwendungen für Mieten und Pachten“. Der Teil der Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen, der aus reinen Betriebsvergrößerungen resultiert, geht einher mit Niveausprüngen in diesen drei Kontrollvariablen. Im Umkehrschluss scheinen Veränderungen der Investitionstätigkeit in Maschinen und maschinelle Anlagen *ohne* gleichzeitige nennenswerte Erhöhung des Niveaus der Kontrollvariablen – zumindest im verarbeitenden Gewerbe – eher mit technischem Fortschritt zu tun zu haben. Man könnte daher vorsichtig vermuten, dass eine positive Korrelation zwischen Innovationstätigkeit und isolierter Erhöhung besagter Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen vorliegt.

Eine Unterscheidung zwischen Prozess- und Produktinnovationen kann auf diese Weise nicht vorgenommen werden, beide Typen „verschwimmen“ bei diesem Vorgehen. Man kann lediglich die Dominanz der Prozessinnovationen vermuten. Jedoch kann bei der Messung der Beschäftigungsdynamik in gerade solchen Betrieben eine Aussage über den in dieser Weise gemessenen unmittelbaren *Gesamteffekt* von technischem Fortschritt gemacht werden und damit ein Hinweis auf die Antwort zur Frage, ob Innovationen „als Ganzes“ eher beschäftigungshemmend oder -fördernd wirken, gewonnen werden – dies natürlich isoliert für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz. Eine Aussage über den mittelbaren Effekt ist insofern möglich, als dass die Entwicklung auf Betriebsebene über die Zeit hinweg verfolgt werden kann. Beschäftigungszuwächse treten möglicherweise nicht unmittelbar auf, da Personalbeschaffung zeitintensiv sein kann und beispielsweise bei Produktinnovationen aufgrund des möglichen Eintritts in einen neuen Markt von Firmenseite her u. U. nicht unmittelbar angestrebt wird. Ein Beschäftigungsabbau wird aufgrund bestehender Tarifverträge und Kündigungsschutzbestimmungen vermutlich ebenfalls nicht unmittelbar durchgeführt, was durch eine zeitliche Verzögerung der Messung der Beschäftigungseffekte berücksichtigt werden sollte (vgl. ROTTMANN / RUSCHINSKI 1997: 63).

2) Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Produktionsstätten nicht systematisch überdimensioniert werden. Unter Konkurrenzbedingungen am Produktmarkt scheint diese Annahme realistisch, da systematische Überdimensionierungen höhere Kosten nach sich zögen und solche Betriebe tendenziell aus dem Markt heraus gedrängt würden.



Klar ist, dass die Daten der Industriebereichterstattung Rheinland-Pfalz bisher nicht auf diese Weise genutzt werden, um empirische Hinweise für die oben beschriebenen Zusammenhänge zu gewinnen: Die einzelnen Typen von Investitionen werden zwar getrennt in jährlichen Querschnitten ausgewiesen, jedoch nur als Aggregate, was die Betriebszuordnung unmöglich macht. Ein Vergleich der Querschnitte über die Zeit

hinweg liefert nur Aussagen zu Nettoveränderungen der Investitionstätigkeit und der Beschäftigtenzahlen, die zugrunde liegenden Bruttoströme und damit die Determinanten dieser Veränderungen bleiben dabei unerkannt. Das Anwendungsbeispiel zeigt, dass selbst zur Analyse dieser grundlegenden Zusammenhänge die Nutzung der Möglichkeiten der Paneldatenanalyse geradezu zwingend ist,<sup>3)</sup> womit wiederum die Kooperationsanstrengungen im Rahmen der FiDAST-Projekte<sup>4)</sup> (einmal mehr) legitimiert werden.

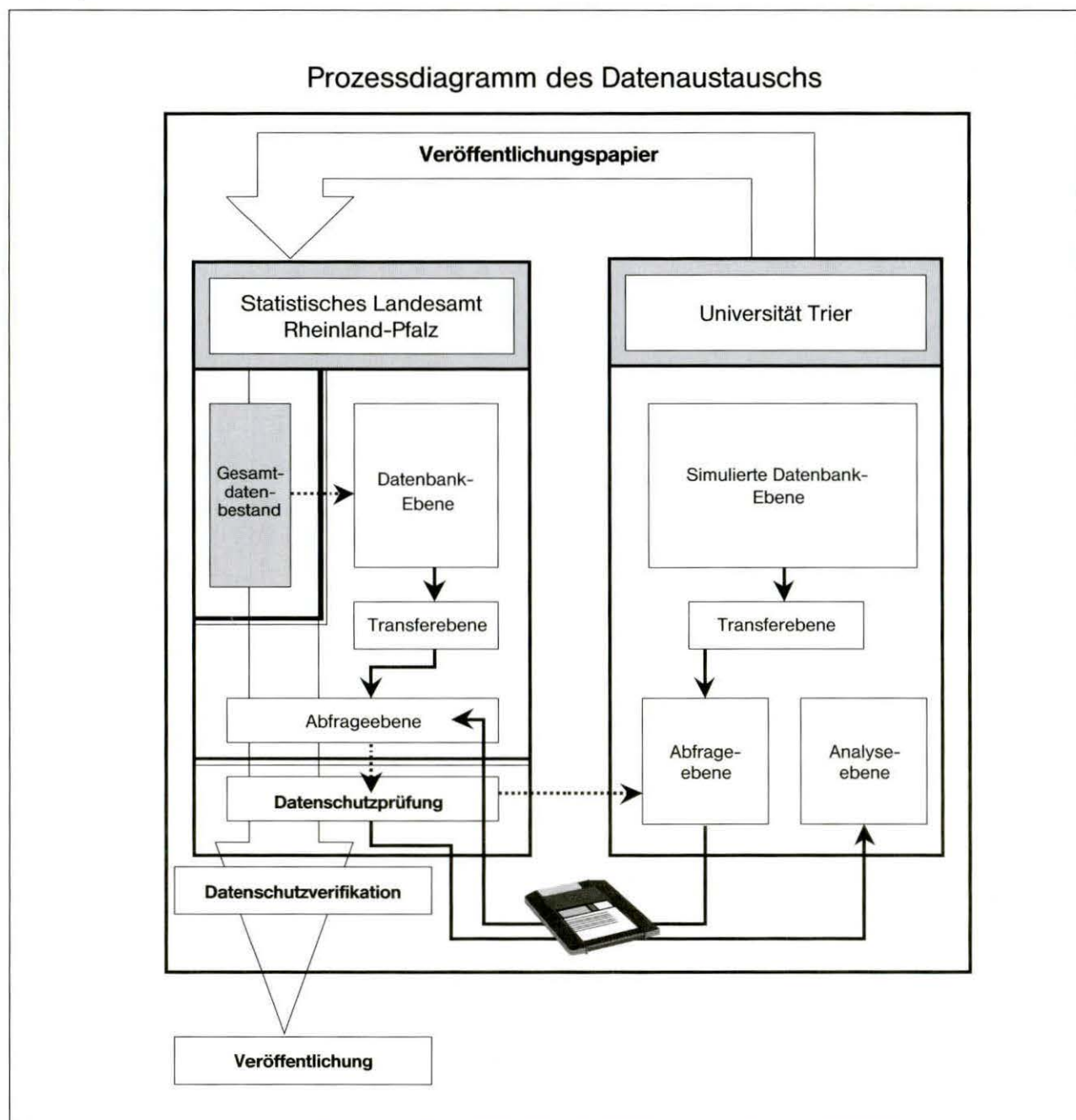
3) In einem der nächsten Schritte planen wir, zusätzlich eine empirische Trennung der Wirkung von technischem Fortschritt und positiven Skalenerträgen vorzunehmen (vgl. Greene 1997: 613 f.).

4) Bei FiDAST (Firmen-Daten aus der Amtlichen Statistik) handelt es sich um ein Netzwerk, in dem die sogenannten Kooperationsprojekte nach dem Muster von Niedersachsen untereinander durch den Austausch von Informationen und inter-regional koordinierte vergleichende Analysen verknüpft werden (Anmerkung der Redaktion).

### 3.2 Umsetzung des Datenaustauschs

Der Ausgangspunkt unserer Anstrengungen war die bereits vor einigen Jahren entwickelte „Inselrechner-Lösung“ aus Niedersachsen (vgl. GERLACH / WAGNER

Abbildung 1:





1997: 215), wobei versucht wurde, den spezifischen Verhältnissen in Rheinland-Pfalz Rechnung zu tragen. Problematisch sind hierbei die niedrigeren Besetzungszahlen, da Rheinland-Pfalz in Bezug auf Industrieansiedlungen ein wesentlich kleinerer Flächenstaat als Niedersachsen ist und damit die Datenschutzproblematik stärker ins Gewicht fällt. Zum Vergleich: Während das niedersächsische *Monatsmelderpanel* Angaben von etwa 8 000 Betrieben sowie das *Totalerhebungspanel* Daten von fast 12 000 Betrieben enthält (vgl. WAGNER 1997), liegen die Fallzahlen der beiden Panel in Rheinland-Pfalz lediglich bei ca. 2 100 bzw. 4 600.

Naturgemäß hatten wir während der Anlaufphase in Bezug auf die Ausgestaltung des Datenaustauschs zwei Ziele im Auge: Der Forschergruppe an der Universität Trier sollte ein möglichst effektiver Zugriff auf die Mikrodaten der Industrieberichterstattung ermöglicht werden, jedoch unter der bindenden Nebenbedingung, dass den Datenschutzerfordernissen vollständig Rechnung getragen wird. Anhand von Abbildung 1 wird der erarbeitete Weg erläutert, indem zunächst die „Architektur“ des Datenaustauschs beschrieben wird, dann exemplarisch der Weg einer Datenabfrage bis zum Ziel einer solchen – der Veröffentlichung der gewonnenen Erkenntnisse – erläutert wird und wir schließlich die Vorteile, die in dem Verfahren zu sehen sind, aufzeigen.

Zunächst zur Architektur: Im Statistischen Landesamt ist ein Inselrechner eingerichtet worden, der mit keinem anderen Rechner des Amtes vernetzt ist. Es besteht folglich keinerlei Verbindung der Hardware des Amtes mit dem von uns genutzten Rechner. Die Software des Inselrechners ist in drei Ebenen unterteilt: Die Datenbankebene enthält die Rohdaten der beiden Panel (implementiert in MS ACCESS), in der Abfrageebene sind verschiedene Auswertungsprogramme zusammengefasst (STATA, SPSS, MS EXCEL). Die Transferzebene bildet ein Programm, das einen möglichst reibungslosen Transfer der Rohdaten in das jeweils gewünschte Analyseprogramm ermöglicht (STAT/TRANSFER). Die identische Struktur ist auf den Rechnern der Forschergruppe an der Universität Trier aufgebaut, der einzige Unterschied ist, dass die Datenbankebene lediglich mit willkürlichen Datensätzen simuliert wird. Das Betriebspanel wird im Statistischen Landesamt jährlich um die jeweils neue Erhebungswelle aktualisiert, ohne dass einer der Wissenschaftler an diesem Vorgang beteiligt ist.

Der Zugriff auf die Mikrodaten vollzieht sich folgendermaßen: Auf unseren Rechnern programmieren wir eine Abfrage, deren Output mit der simulierten Datenbank generiert wird. Wenn dieser Output die gewünschte Form hat, wird das Abfrageprogramm auf Diskette an das Statistische Landesamt geschickt. Dort müssen zunächst zwei Schritte unternommen werden: Zuerst wird das Panel auf das abfragekonforme Auswertungsprogramm transferiert, dann wird die Abfrage vorgenommen. Im dritten Schritt wird der Output einer *Datenschutzprüfung* unterzogen. Wenn dieser den Anforderungen genügt, wird der Output per Diskette an die

Universität Trier verschickt, wenn nicht, wird er vernichtet und wir modifizieren die Abfrage – nach Absprache mit den Kollegen in Bad Ems. Dies stellt die Einhaltung der Datenschutzrestriktionen sicher. Die ersten Abfragen haben gezeigt, dass bis auf wenige Ausnahmen<sup>5)</sup> sinnvolle Kooperationsergebnisse möglich sind.

In dieser Umsetzung sehen wir zwei zentrale Vorteile: Zum einen wird der externe Zugriff auf Mikrodaten der Industrieberichterstattung ermöglicht, ohne dass gleichzeitig eine Einschränkung auf bestimmte Analyseprogramme vorgenommen wird. Zum anderen beschränken sich die Leistungen im Statistischen Landesamt lediglich auf eine jährliche Aktualisierung des Datenbestands um die jeweils neue Welle der Industrieberichterstattung sowie die Geheimhaltungsprüfungen des Outputs.

Der Weg ist selbstverständlich „umständlicher“ als der im Rahmen der Kooperation in Baden-Württemberg beschrittene, bei dem ein Mitglied der Forschergruppe der Universität Hohenheim einen Mitarbeiterstatus im dortigen Statistischen Landesamt hat. Jedoch aus zwei Gründen erscheint der in Rheinland-Pfalz gewählte Weg nicht als Sackgasse:

- (1) In Rheinland-Pfalz – wie auch in einigen anderen Bundesländern – sind das Statistische Landesamt und die an der Kooperation beteiligte Universität räumlich getrennt, sodass allein deswegen eine Datenanalyse durch externe Forscher direkt im Landesamt selbst nicht reibungslos ist.
- (2) Im Rahmen der künftigen FiDAST-Projekte liegen große Chancen in der länderübergreifenden Kooperation, sodass dabei über einen Weg des länderübergreifenden Datenaustauschs nachgedacht werden sollte, wobei die aus der niedersächsischen Lösung hervorgegangene rheinland-pfälzische Umsetzung eine Basis sein könnte.

#### 4. Fazit und Ausblick

Die zur ökonomischen Analyse von Wissenschaftlern selbst erhobenen Primärdatensätze bringen großen Zeitaufwand und hohe Kosten mit sich. Eine Möglichkeit, dies zu umgehen, liegt in der Nutzung von Daten aus der amtlichen Statistik. In diesem Beitrag wurde eine solche Möglichkeit zur Analyse der Beschäftigungswirkungen von technischem Fortschritt beschrieben, indem vor allem auf Daten der Investitionserhebung zurückgegriffen wird. Es zeigt sich, dass der alleinige Vergleich von Querschnittsaggregaten, die von den statistischen Landesämtern selbst veröffentlicht werden, zu kurz greift, da hier lediglich Nettoveränderungen, nicht jedoch Bruttoströme aufgezeigt werden und folglich die Quellen dieser Veränderungen auf Betriebsebene nicht nachvollziehbar sind. Diese Beschränkung wird im Rahmen des Kooperationsprojekts *Betriebspanel Rheinland-Pfalz* aufgehoben, das die Daten der Industrieberichterstattung durch die Verknüpfung über die Zeit hinweg zu einem Panel zusammenfasst.

Zurzeit sind die vier ersten Wellen der Gültigkeit der WZ93-Systematik aufbereitet: 1995 bis 1998. In diesem Jahr wird die Welle von 1999 aktualisiert. Zusätzlich

<sup>5)</sup> Aufgrund der geringen Fallzahlen sind Untersuchungen sehr großer Betriebe problematisch, ebenso wie für verschiedene Landkreise regionale Disaggregationen zu sehr kleinen Besetzungszahlen führen. Dem wird durch eine geeignete Aggregation zu größeren homogenen Gruppen begegnet.



wurde das noch zur Verfügung stehende Datenmaterial der Gültigkeit der SYPRO-Klassifikation aufbereitet: Dies sind die Wellen von 1983 bis 1994, also insgesamt 12 weitere Wellen. Damit steht eine zeitlich sehr viel ausgedehntere Datengrundlage zur Verfügung, was eine größere Basis zur Analyse eröffnet und in Zukunft auch empirische Antworten auf die in dieser Arbeit gestellten Fragen ermöglicht.

Diplom-Kaufmann Joachim Junkes  
(Projektbearbeiter)

Professor Dr. Dieter Sadowski  
(Projektleiter)

Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen  
in der EG, Universität Trier

---

## Literaturhinweise

- Abramowitz, Milton (1956): Resource and Output Trends in the United States since 1870. *American Economic Review* 46(1956)2: 5-23.
- Blechinger, Doris; Friedhelm Pfeiffer (1999): Qualifikation, Beschäftigung und technischer Fortschritt. Empirische Evidenz mit den Daten des Mannheimer Innovationspanels. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 218(1999)1&2: 128-145.
- Franke, Heinrich (1987): Auswirkungen des Technikwandels auf den Arbeitsmarkt. *REFA-Nachrichten* (1987)4: 23-28.
- Gerlach, Knut; Joachim Wagner (1997): Paneldaten für niedersächsische Industriebetriebe aus der amtlichen Statistik und aus dem Hannoveraner Firmenpanel. In: Reinhard Hujer; Ulrich Rendtel; Gert Wagner (Hg.) (1997): *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Panel-Studien - Datenstrukturen und Analyseverfahren*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 213-227.
- Greene, William H. (1997): *Econometric Analysis*. 3. Auflage. Upper Saddle River: Prentice Hall.
- Harhoff, Dietmar; Georg Licht (1994): Das Mannheimer Innovationspanel. In: Uwe Hochmuth; Joachim Wagner (Hg.) (1994): *Firmenpanelstudien in Deutschland: konzeptionelle Überlegungen und empirische Analysen*. Tübingen: Franke: 255-283.
- Krug, Walter; Martin Nourney; Jürgen Schmidt (1994): *Wirtschafts- und Sozialstatistik*. 3. Auflage. München, Wien: Oldenbourg.
- Rottmann, Horst; Monika Ruschinski (1997): Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts. Eine Paneldaten-Analyse für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland. *Ifo-Studien* 43(1997)1: 55-70.
- Schettkat, Ronald; Michael Wagner (1989): Beschäftigungswirkungen moderner Technologien. In: Ronald Schettkat; Michael Wagner (Hg.) (1989): *Technologischer Wandel und Beschäftigung - Fakten, Analysen, Trends*. Berlin: de Gruyter: 1-24.
- Wagner, Joachim (1994): Nutzung von Betriebsdaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Untersuchungen - Ein Modellprojekt. *Allgemeines Statistisches Archiv* 78(1994): 434-440.
- Wagner, Joachim (1997): Analysen der Arbeitsplatzdynamik mit Betriebspaneldaten aus Erhebungen der amtlichen Industrieerhebungen - Möglichkeiten und Grenzen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) (1997): *Statistische Informationen zum Arbeitsmarkt - Konzepte und Kritik, Anwendung und Auslegung*. Stuttgart: Metzler-Poeschel: 102-122.
- Zimmermann, Klaus F. (1987): Innovation und Beschäftigung. In: Gottfried Bombach; Bernhard Gahlen; Alfred E. Ott (Hg.) (1987): *Arbeitsmärkte und Beschäftigung - Fakten, Analysen, Perspektiven*. Tübingen: Mohr: 233-257.



# Die Hochbautätigkeit 1999

Die Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsergebnisse des Jahres 1999 in Rheinland-Pfalz zeigen, dass sich die Schwerpunkte des Baugeschehens gegenüber dem Vorjahr weiter zugunsten des Eigenheimbaus sowie des Nichtwohnbaus verschoben haben. Im Wohnbau stand wie schon 1998 der stark expandierende Eigenheimbau eindeutig im Mittelpunkt der Bauaktivitäten, der Mietwohnungsbau konnte auch 1999 allenfalls eine Nebenrolle besetzen. Erfreulich war die positive Entwicklung im Nichtwohnbau: Fallzahlen, erbrachte Bauleistung (Rauminhalt, Nutzfläche) und Investitionen nahmen in allen wesentlichen Gebäudekategorien gegenüber 1998 spürbar zu.

Die Daten der Hochbaustatistik sind wichtiger Bestandteil bei der Beschreibung und der Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung einer Volkswirtschaft. Sie dienen darüber hinaus hauptsächlich den am Wirtschaftsprozess beteiligten Unternehmen der Baubranche (dies geht in Einzelfällen bis zur mengenmäßigen Produktionssteuerung) sowie der Politik als unverzichtbare Entscheidungs- und Steuerungsgrundlage.

## „Schallmauer“ von 10 000 genehmigten Einfamilienhäusern durchbrochen

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten im abgelaufenen Berichtsjahr die geplante Errichtung von 10 104 neuen Einfamilienhäusern (+10,5%). Ein derart hohes Genehmigungsergebnis hat es in dieser Gebäudekategorie bislang nicht gegeben. Bereits im Vorjahr war mit 9 141 geplanten Einfamilienhäusern ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis registriert worden. Die positive zweistellige Veränderungsrate ist um so bemerkenswerter, da sie auf „hohem Niveau“ stattfand. Seit dem Berichtsjahr 1995 ist ein stetiger Anstieg der Baugenehmigungen für das klassische Einfamilienhaus zu verzeichnen, der in dem jüngst zu beobachtenden Rekordergebnis vorläufig gipfelt. Von den 1999 insgesamt ausgesprochenen Baugenehmigungen für neue Wohnbauten (13 358) entfielen drei Viertel (76%) auf Einfamilienhäuser. Die übrigen genehmigten Wohngebäude waren Zweifamilienhäuser

(2 290) sowie Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (959) und 5 Wohnheimgebäude. Die Zahl der erteilten Baufreigaben ging bei den Zweifamilienhäusern geringfügig um 3% und bei Mietwohnungsbauten mit drei und mehr Einheiten um rund 10% zurück.

Insgesamt sollten 1999 in neu zu errichtenden Wohngebäuden 20 868 Wohneinheiten errichtet werden, das Genehmigungsergebnis für Wohnungen lag damit etwas (+2,4%) über dem des Vorjahres (20 379). Dies war allein auf den Boom bei Einfamilienhäusern zurückzuführen.

## Wohneigentum für Rheinland-Pfälzer immer attraktiver

Die Schaffung von Wohneigentum – dies belegen die Genehmigungsziffern überdeutlich – war auch 1999 wieder Motor der Bautätigkeit. Bereits 1998 konnte festgestellt werden, dass in der Bevölkerung aus den verschiedensten Gründen (niedrige Kapitalmarktzinsen, krisensichere Anlageform, Kursschwankungen des Euro, Unsicherheit über die zukünftige Rentenentwicklung, Verbesserung des aktuellen Lebensstandards und Sicherung des Lebensstandards im Alter) eine überdurchschnittlich hohe Präferenz für die Bildung von Wohneigentum vorhanden ist. Eine Vergleichsrechnung zwischen genehmigten Eigentümer- und Mietwohnungen unterstreicht diese These. Von den 20 868 Neubauwohnungen im Wohnbau werden voraussichtlich rund 80% (16 000 Einheiten) von den Bauherren mit der Intention der Eigentumsbildung errichtet werden. Erfahrungswerte zeigen, dass die Eigennutzungsquote von Einfamilienhauswohnungen (10 100 Wohnungen bzw. Gebäude) nach der Bezugsfertigstellung durch den Gebäudeeigentümer bei nahezu 100% liegt. Neben dem traditionellen Einfamilienhaus wird bei Wohngebäuden mit zwei Wohnungen von einer Eigennutzungsquote in Höhe von 50% ausgegangen (1999 rund 2 300 Einheiten). Hinzu kommen weitere etwa 4 000 im Jahre 1999 genehmigte Eigentumswohnungen, die vorwiegend in größeren Geschosswohnbauten mit drei und mehr Einheiten errichtet werden sollen.

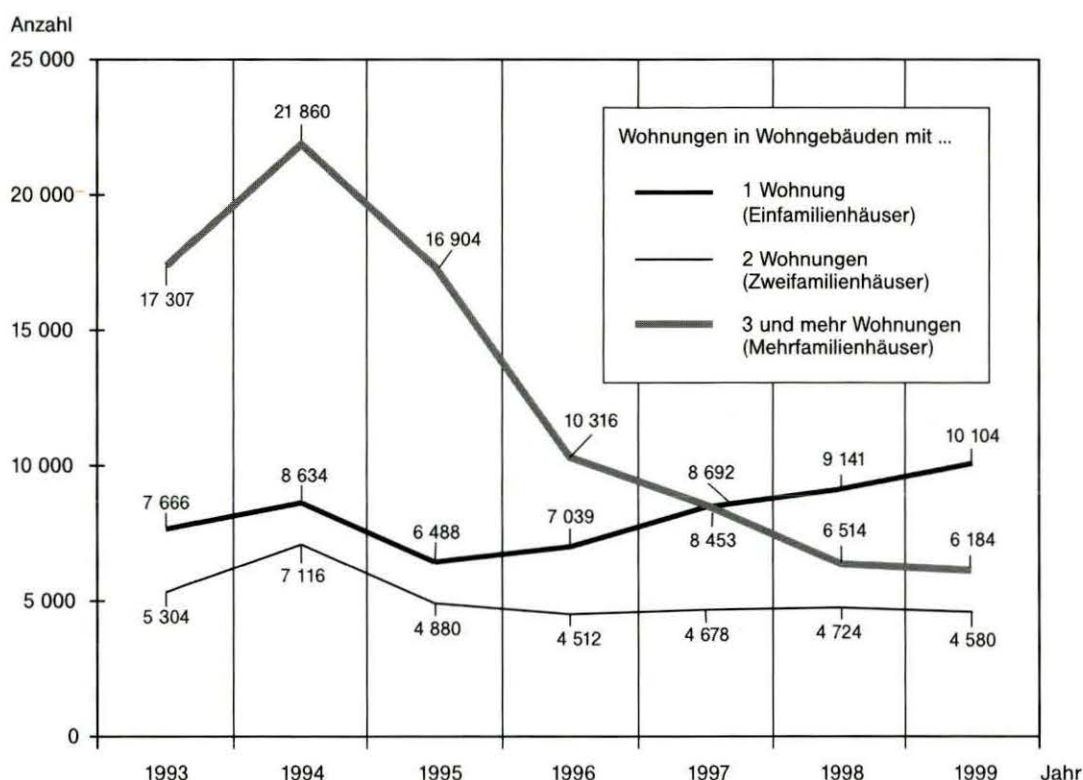
Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1990 bis 1999

Jahr	Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Davon					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon in		
					Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern <sup>2)</sup>
1990	24 426	3 325	357	20 744	8 052	3 940	8 752
1991	27 046	3 384	475	23 187	7 393	3 714	12 080
1992	29 271	3 368	609	25 294	7 281	4 862	13 151
1993	34 448	3 748	423	30 277	7 666	5 304	17 307
1994	42 656	4 504	542	37 610	8 634	7 116	21 860
1995	32 776	3 959	545	28 272	6 488	4 880	16 904
1996	25 692	3 296	529	21 867	7 039	4 512	10 316
1997	25 532	3 074	635	21 823	8 453	4 678	8 692
1998	23 564	2 704	481	20 379	9 141	4 724	6 514
1999	23 919	2 263	788	20 868	10 104	4 580	6 184

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.



## Erteilte Baugenehmigungen für Wohnungen im Wohnbau <sup>1)</sup>



1) Errichtung neuer Gebäude.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 80/2000

Neben diesen Größenordnungen spielt der Mietwohnungsbau des Jahres 1999 nur eine Nebenrolle. Zwar wurden 1999 immerhin noch 6 184 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern genehmigt (-5%), zieht man davon jedoch die Wohnheimwohnungen (348) und die 3 952 genehmigten Eigentumswohnungen ab, so errechnet sich für das vergangene Berichtsjahr ein Mietwohnungsergebnis im Neubaubereich von nur noch rund 1 800 bis günstigstenfalls 2 000 Wohnungen (die relativ selten in Zweifamilienhäusern vorkommenden Eigentumswohnungen bzw. die Zahl der vermieteten Ei-

gentumswohnungen können an dieser Stelle vernachlässigt werden). Das heißt, dass die Wohnungsbauiinvestoren nur rund jede zehnte neu geplante Wohnung als reine Mietwohnung unter Renditegesichtspunkten konzipiert haben.

### Genehmigte Eigentumswohnungen in Wohngebäuden <sup>1)</sup> 1990 bis 1999

Jahr	Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>	Darunter Eigentumswohnungen	Anteil an den Wohnungen insgesamt
			%
1990	20 744	4 129	19,9
1991	23 187	4 963	21,4
1992	25 294	6 668	26,4
1993	30 277	8 684	28,7
1994	37 610	12 310	32,7
1995	28 272	9 128	32,3
1996	21 867	4 919	22,5
1997	21 823	4 479	20,5
1998	20 379	3 862	19,0
1999	20 868	3 952	18,9
1990 - 1999	250 321	63 094	25,2

1) Nur Errichtungen neuer Gebäude. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

### Eigenheimbau vor allem im ländlichen Raum

Der Bau von Eigenheimen wird zum einen durch die Bedingungen des Kapitalmarktes determiniert (Zinsniveau für Grundschuld Darlehen), zum anderen spielt bei der Planung und Realisierung des Bauvorhabens das Vorhandensein von bezahlbarem, erschlossenem baureifem Land eine entscheidende Rolle. Es ist bekannt, dass die Grundstückspreise in den Städten und stadtnahen Räumen heute deutlich höher liegen als im ländlichen Raum. Grundstückspreise von 500 DM je m<sup>2</sup> und mehr für gehobene Wohnlagen sind heute in den Ballungsgebieten und ihrem Umland keine Seltenheit mehr. Damit das Bauvorhaben überhaupt noch realisierbar bleibt, weichen viele bauwillige Städter in entfernter gelegene ländliche Gebiete aus. Hinzu kommt, dass die eingesessene Bevölkerung auf dem Land seit jeher eine fast als „zwangsläufig“ zu bezeichnende höhere Präferenz für Wohneigentum hat. In vielen Fällen ist dort baureifes Land oder Bauerwartungsland bereits längerfristig im eigenen oder im Familienbesitz, sodass der Faktor Boden keine oder keine so entscheidende finanzielle Rolle bei der geplanten Errichtung eines Wohngebäudes mehr spielt. So verwundert es nicht,



Genehmigungen im Wohnbau<sup>1)</sup> 1999 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Nutzfläche	Wohnungen	Wohnfläche	Wohnräume	Veranschlagte Baukosten
	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	214	8,0	294	32,3	1 437	79 381
Landkreise						
Ahrweiler	600	20,3	743	88,3	3 856	213 598
Altenkirchen (Ww.)	739	32,8	817	105,2	4 656	248 003
Bad Kreuznach	552	20,1	633	80,5	3 455	192 377
Bad Kreuznach, St.	76	3,5	88	11,9	470	31 829
Birkenfeld	391	11,6	434	56,2	2 532	137 633
Idar-Oberstein, St.	87	3,7	119	13,1	597	32 310
Cochem-Zell	428	18,2	493	63,2	2 923	153 421
Mayen-Koblenz	1 339	34,9	1 611	206,3	8 490	534 987
Andernach, St.	75	3,8	139	15,0	655	34 816
Mayen, St.	124	4,8	160	20,5	856	50 100
Neuwied	974	35,9	1 128	147,0	6 411	337 474
Neuwied, St.	243	8,2	280	33,8	1 486	79 529
Rhein-Hunsrück-Kreis	632	30,4	755	91,2	4 139	228 166
Rhein-Lahn-Kreis	628	18,7	683	89,7	3 929	216 102
Lahnstein, St.	77	1,5	107	13,1	528	28 856
Westerwaldkreis	1 244	70,1	1 513	189,2	8 061	457 869
RB Koblenz	7 741	301,1	9 104	1 149,1	49 889	2 799 011
Kreisfreie Stadt Trier	201	8,2	613	41,6	1 824	106 160
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	471	20,0	558	68,6	3 128	175 055
Bitburg-Prüm	520	26,7	620	81,3	3 681	193 533
Daun	466	18,5	504	63,4	2 777	154 694
Trier-Saarburg	641	27,3	756	99,7	4 406	243 748
RB Trier	2 299	100,7	3 051	354,6	15 816	873 190
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	47	1,4	24	4,7	183	12 313
Kaiserslautern	376	9,8	470	59,8	2 593	125 054
Landau i. d. Pfalz	213	6,8	200	27,4	1 196	65 535
Ludwigshafen a. Rhein	315	2,6	311	40,3	1 697	102 553
Mainz	503	31,5	1 363	128,2	5 512	282 640
Neustadt a. d. Weinstr.	165	5,4	124	17,8	714	47 581
Pirmasens	96	-0,7	135	15,0	618	31 600
Speyer	152	7,0	168	23,9	900	56 361
Worms	238	8,8	286	37,2	1 547	91 187
Zweibrücken	125	4,5	196	22,3	1 016	51 533
Landkreise						
Alzey-Worms	564	21,9	723	90,4	3 886	218 055
Bad Dürkheim	721	30,1	877	111,8	4 792	282 634
Donnersbergkreis	471	1,4	574	72,7	3 044	168 558
Germersheim	654	28,0	724	91,1	3 802	235 556
Kaiserslautern	569	13,7	742	103,1	4 878	235 370
Kusel	518	17,6	594	76,3	3 424	189 676
Südliche Weinstraße	523	16,5	571	72,3	2 931	201 159
Ludwigshafen	862	29,4	1 203	137,9	5 840	325 653
Mainz-Bingen	757	32,8	991	119,7	5 382	279 401
Bingen am Rhein, St.	82	4,9	127	13,7	586	34 721
Ingelheim am Rhein, St.	68	3,8	93	10,2	470	24 372
Südwestpfalz	572	17,2	603	82,5	3 417	198 378
RB Rheinhessen-Pfalz	8 441	285,9	10 879	1 334,4	57 372	3 200 797
Rheinland-Pfalz	18 481	687,7	23 034	2 838,1	123 077	6 872 998
kreisfreie Städte	2 645	93,3	4 184	450,4	19 237	1 051 898
Landkreise	15 836	594,4	18 850	2 387,7	103 840	5 821 100

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.



## Genehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude 1999 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wohn- gebäude	Darunter Einfamilien- häuser	Raum- inhalt	Nutzfläche	Wohnungen	Wohn- fläche	Wohn- räume	Veranschlagte Baukosten
	Anzahl		1 000 m <sup>3</sup>	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	104	61	147	8,3	258	27,1	1 233	65 761
Landkreise								
Ahrweiler	427	324	441	22,0	658	78,0	3 425	192 771
Altenkirchen (Ww.)	563	451	528	32,7	757	95,2	4 249	227 097
Bad Kreuznach	335	228	369	22,1	548	66,7	2 883	161 159
Bad Kreuznach, St.	50	33	57	3,8	86	10,4	416	26 764
Birkenfeld	276	215	281	14,3	380	46,7	2 158	118 858
Idar-Oberstein, St.	54	38	62	4,1	110	10,9	509	26 854
Cochem-Zell	322	243	329	20,2	434	55,1	2 590	136 588
Mayen-Koblenz	1 085	844	1 083	36,3	1 513	189,8	7 847	497 600
Andernach, St.	58	40	72	4,1	126	13,5	589	32 424
Mayen, St.	107	86	103	4,9	157	19,5	822	48 120
Neuwied	764	600	721	38,6	1 028	132,8	5 808	309 963
Neuwied, St.	165	140	173	9,0	242	28,2	1 241	68 382
Rhein-Hunsrück-Kreis	463	351	483	30,1	686	82,0	3 722	208 984
Rhein-Lahn-Kreis	418	313	431	22,8	611	76,0	3 371	187 666
Lahnstein, St.	41	20	57	2,7	112	12,0	499	26 380
Westerwaldkreis	1 010	791	997	70,0	1 420	173,4	7 392	425 535
RB Koblenz	5 767	4 421	5 810	317,4	8 293	1 022,7	44 678	2 531 982
Kreisfreie Stadt Trier	132	103	194	8,3	604	36,5	1 643	91 801
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	347	273	363	21,5	478	59,3	2 709	153 733
Bitburg-Prüm	409	317	439	29,2	557	73,0	3 335	178 118
Daun	339	269	329	20,2	458	56,4	2 478	139 020
Trier-Saarburg	506	395	515	28,7	683	90,0	3 975	223 268
RB Trier	1 733	1 357	1 839	107,9	2 780	315,2	14 140	785 940
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	18	15	19	1,0	21	3,2	129	8 581
Kaiserslautern	317	263	260	9,2	405	53,3	2 305	111 000
Landau i. d. Pfalz	125	115	118	7,8	172	23,3	1 049	54 177
Ludwigshafen a. Rhein	157	120	175	2,6	336	33,2	1 519	80 580
Mainz	383	263	639	31,9	1 321	120,7	5 245	262 089
Neustadt a. d. Weinstr.	64	40	76	5,9	104	13,3	554	34 570
Pirmasens	52	43	50	2,7	62	8,5	394	21 109
Speyer	109	87	112	6,9	161	21,5	834	48 051
Worms	186	158	188	8,6	271	33,1	1 410	83 145
Zweibrücken	90	60	102	5,1	166	18,2	830	44 025
Landkreise								
Alzey-Worms	469	346	457	23,6	679	82,2	3 584	200 909
Bad Dürkheim	514	380	552	30,6	803	97,5	4 294	245 630
Donnersbergkreis	353	254	356	3,9	514	63,1	2 687	150 147
Germersheim	400	300	443	28,7	610	74,0	3 185	198 787
Kaiserslautern	443	303	486	16,0	672	92,5	4 487	213 777
Kusel	365	259	376	18,6	506	64,0	2 905	162 861
Südliche Weinstraße	290	200	322	18,3	476	57,0	2 465	156 516
Ludwigshafen	594	433	671	30,0	1 106	121,9	5 267	286 694
Mainz-Bingen	535	382	604	33,1	887	104,7	4 768	246 648
Bingen am Rhein, St.	42	20	69	4,7	116	12,3	532	29 798
Ingelheim am Rhein, St.	38	30	49	3,9	80	8,7	390	20 297
Südwestpfalz	394	305	398	18,4	523	69,1	2 879	172 225
RB Rheinhessen-Pfalz	5 858	4 326	6 403	303,0	9 795	1 154,4	50 790	2 781 521
Rheinland-Pfalz	13 358	10 104	14 052	728,2	20 868	2 492,3	109 608	6 099 443
kreisfreie Städte	1 737	1 328	2 080	98,2	3 881	391,8	17 145	904 889
Landkreise	11 621	8 776	11 972	630,0	16 987	2 100,5	92 463	5 194 554



wenn heute in ländlichen Gebieten fast flächendeckend Wohnungseigentümerquoten von 60 bis 70%, vielerorts sind es sogar mehr als 70%, erreicht werden. Zum Vergleich: Der Landesdurchschnitt zum Zeitpunkt der Mikrozensus-Zusatzerhebung vom April 1998 beläuft sich auf 55%.

Bei den erteilten Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser des Jahres 1999 ragten wieder einige Kreisergebnisse der nördlichen Landesteile zahlenmäßig deutlich heraus. Mit 844 Gebäuden (1998: 656) lag der Kreis Mayen-Koblenz (+29%) an der Spitze, es folgt der Spitzenreiter des Vorjahres, der Westerwaldkreis, mit 791 (1998: 745) erteilten Baufreigaben für diese Gebäudeart. An dritter Stelle etablierte sich der Kreis Neuwied mit 600 Genehmigungen. Mit deutlichem Abstand folgen der Landkreis Altenkirchen mit 451 geplanten Einfamilienhäusern vor dem unter den südlichen Landesteilen an erster Stelle stehenden Landkreis Ludwigshafen (433).

In den kreisfreien Städten wurden derart viele Baugenehmigungen für eine Gebäudeart aus den geschilderten Gründen nicht registriert. Mit jeweils 263 Baufreigaben für Einfamilienhäuser lagen die Städte Kaiserslautern und Mainz klar an der Spitze aller kreisfreien Städte. Ein gemessen an der Einwohnerzahl relativ geringes Genehmigungsergebnis gab es in Koblenz. Hier wurden 1999 für die Errichtung von nur 61 Einfamilienhäusern Genehmigungen erteilt. Bei fast gleicher Einwohnerzahl waren es in Kaiserslautern viermal so viele.

Bei den Eigenheimen mit zwei Wohneinheiten errechnete sich wiederum für den Landkreis Mayen-Koblenz das höchste Ergebnis (169), dicht gefolgt vom

Westerwaldkreis (166 Gebäude). Besonders beliebt waren Zweifamilienhäuser im Jahr 1999 noch bei Bauherren, die ihre neuen Wohngebäude im Kreis Neuwied (131), in den Kreisen Kaiserslautern und Ludwigshafen (je 104) oder im Kreis Mainz-Bingen (101) errichten wollten.

Wohnungsbauinvestitionen von über 6 Mrd. DM

Die für neue Wohngebäude und Wohnungen von den verschiedenen Bauherrngruppen geplanten Investitionen haben 1999 die Schwelle von 6 Mrd. DM erstmals seit 1995 (6,4 Mrd. DM) wieder überschritten. Im Neubaubereich wurden insgesamt 6,1 Mrd. DM an Baukosten veranschlagt; Grundstücks-, Erschließungskosten und Kosten für Einbauten und besondere Ausstattungen sowie Baunebenkosten sind dabei nicht berücksichtigt. Auf Einfamilienhäuser entfielen Rekordinvestitionen von rund 3,8 Mrd. DM (der höchste Wert der letzten Dekade), für neue Zweifamilienhäuser veranschlagten die Bauherren 1,2 Mrd. DM. Wie schon im Jahr 1998 blieben auch 1999 die Investitionen in Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime) mit knapp 1,1 Mrd. DM sogar hinter denen für Wohngebäude mit zwei Wohneinheiten zurück. Zusätzlich waren für neue Wohnheimgebäude Baukosten von etwa 30 Mill. DM kalkuliert, reine Umbau- bzw. Erweiterungsbaumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden schlugen mit rund 770 Mill. DM zu Buche, sodass sich im gesamten Wohnbau des Jahres 1999 eine Gesamtbaukostensumme von fast 6,9 Mrd. DM errechnet. Gegenüber 1998 (rund 6,7 Mrd. DM) stiegen die veranschlagten Gebäudeinvestitionen geringfügig um knapp 3% an.

Veranschlagte Baukosten genehmigter Wohngebäude nach Gebäudearten 1990 bis 1999

Jahr	Insgesamt <sup>1)</sup>	Darunter Errichtungen neuer Wohngebäude				
		zusammen	davon			
			mit 1 Wohnung	mit 2 Wohnungen	mit 3 und mehr Wohnungen	Wohnheime
1 000 DM						
1990	4 783 988	4 147 987	2 263 968	750 689	1 081 909	51 421
1991	5 127 487	4 454 789	2 201 374	729 874	1 405 819	117 722
1992	6 147 213	5 243 058	2 393 821	1 006 217	1 736 070	106 950
1993	7 252 071	6 395 622	2 663 683	1 198 625	2 461 817	71 497
1994	9 186 177	8 175 894	3 105 974	1 664 890	3 333 149	71 881
1995	7 383 941	6 424 113	2 443 380	1 208 763	2 736 557	35 413
1996	6 445 538	5 533 332	2 642 573	1 135 343	1 718 575	36 841
1997	6 670 029	5 786 551	3 113 295	1 185 171	1 439 204	48 881
1998	6 687 775	5 845 513	3 431 002	1 208 662	1 171 449	34 400
1999	6 872 998	6 099 443	3 776 870	1 200 171	1 092 619	29 783
%						
1990	100	86,7	47,3	15,7	22,6	1,1
1991	100	86,9	42,9	14,2	27,4	2,3
1992	100	85,3	38,9	16,4	28,2	1,7
1993	100	88,2	36,7	16,5	33,9	1,0
1994	100	89,0	33,8	18,1	36,3	0,8
1995	100	87,0	33,1	16,4	37,1	0,5
1996	100	85,8	41,0	17,6	26,7	0,6
1997	100	86,8	46,7	17,8	21,6	0,7
1998	100	87,4	51,3	18,1	17,5	0,5
1999	100	88,7	55,0	17,5	15,9	0,4

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.



Nach dem massiven Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen für Neuerrichtungen und Baumaßnahmen Anfang der neunziger Jahre von rund 4,8 Mrd. DM (1990) über rund 6,1 Mrd. DM (1992) bis auf fast 9,2 Mrd. DM im Konjunkturohoch des Jahres 1994, ausgelöst durch den hohen zusätzlichen Wohnungsbedarf nach der Wiedervereinigung, den Zustrom von Asylbewerbern und die steigenden Haushaltszahlen, ist in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts eine veränderte Wohnungsnachfrage (man könnte sie fast als Eigentumsnachfrage bezeichnen) und damit einhergehend eine Verstärkung der Wohnbauinvestitionen eingetreten. Seit dem Berichtsjahr 1996 lagen die kalkulierten Baukosten zum Zeitpunkt der Baugenehmigung in jeder Periode über der Marke von 6,4 Mrd. DM. In jedem Jahr ist seither trotz der beachtlichen Einbußen im Mietwohnungsbau ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg der Gesamtwohnungsbauinvestitionen zu verzeichnen.

Durch die enorm hohe Nachfrage nach Wohneigentum überrascht es nicht, dass auch im Jahr 1999 die Gruppe der privaten Bauherren das Wohnungsbausectoren klar dominierte. Von den geplanten Neubauinvestitionen in Höhe von 6,1 Mrd. DM entfielen 1999 gut 4,8 Mrd. DM (79%) allein auf private Investoren. Es folgen die Unternehmen mit einem Volumen von knapp über 1,2 Mrd. DM (20%). Öffentliche Bauherren sowie Organisationen ohne Erwerbszweck waren nur mit rund 60 Mill. DM (1%) an den kalkulierten Neubauinvestitionen beteiligt.

Je Wohngebäude sahen die Planungen der Privaten (10 994 genehmigte neue Wohngebäude) reine Baukosten in Höhe von durchschnittlich fast 440 000 DM vor, bei den Unternehmen (2 313 Gebäude) waren es mit rund 525 000 DM je Wohngebäude – bedingt durch das üblicherweise höhere Engagement im Geschosswohnungsbau – im Schnitt 85 000 DM mehr.

Die Erstellung einer genehmigten Wohneinheit war 1999 mit durchschnittlich 292 000 DM zu veranschlagen. Die komfortableren und größeren Wohnungen in Einfamilienhäusern (147 m<sup>2</sup> Wohnfläche im Schnitt) waren mit durchschnittlich 374 000 DM logischerweise deutlich teurer. Zweifamilienhauswohnungen (111 m<sup>2</sup>) kosteten im Schnitt 262 000 DM; für die kleineren Geschosswohnungen in Mehrfamilienhäusern (84 m<sup>2</sup>) waren dagegen nur rund 187 000 DM reine Baukosten in Ansatz zu bringen.

## Quantitative Bauleistung leicht gestiegen

Bedingt durch die hohe Anzahl der geplanten Eigentumsmaßnahmen bei erneutem Rückgang des Geschosswohnungsbauanteils – Eigenheime und Eigentümerwohnungen sind in aller Regel größer als Mietwohnungen – stieg die zu erbringende quantitative Bauleistung des Jahres 1999 gegenüber dem Vorjahr spürbar an. An bewohnbarer Fläche sahen die Architektenplanungen im Wohnbau insgesamt fast 2,5 Mill. m<sup>2</sup> vor, gut 110 000 m<sup>2</sup> bzw. 5% mehr als 1998 (ca. 2,38 Mill. m<sup>2</sup>). Davon entfielen auf Ein- und Zweifamilienhäuser 2 Mill. m<sup>2</sup> bzw. 80% (1998: 1,86 Mill. m<sup>2</sup>), rund 500 Mill. m<sup>2</sup> (1998: 516 Mill. m<sup>2</sup>) Wohnfläche waren im mehrgeschossigen Wohnungsbau vorgesehen.

Der Rauminhalt aller neu genehmigten Wohngebäude bezifferte sich 1999 auf knapp über 14 Mill. m<sup>3</sup> (+3,2%), in der Vorperiode wiesen die genehmigten Bauwerke ein Gesamtvolumen von 13,6 Mill. m<sup>3</sup> auf. Unterteilt nach Gebäudearten entfiel im Jahr 1999 auf Einfamilienhäuser eine vorgesehene Bauleistung von gut 8,6 Mill. m<sup>3</sup>, das sind rund 61% des gesamten Wohnbauvolumens. Zweifamilienhäuser hatten ein Volumen von fast 2,8 Mill. m<sup>3</sup> (20%), Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen erreichten zusammen ein Volumen von knapp 2,7 Mill. m<sup>3</sup> (19%).

Je Quadratmeter Wohnfläche in Wohnbauten sahen die vorgelegten Kalkulationen des Jahres 1999 einen Durchschnittspreis von 2 447 DM an reinen Baukosten vor. Der Preis je Quadratmeter lag in Wohngebäuden mit einer Wohnung (2 546 DM) und für Gebäude mit zwei Wohnungen (2 363 DM) eng um diesen Mittelwert, da ja 80% aller Neuwohnbauten in dieser Kategorie genehmigt wurden. Im Mehrfamilienhausbau (ohne Wohnheime) wurde der Quadratmeter Wohnfläche mit 2 220 DM im Schnitt niedriger veranschlagt.

## Gute Konjunktur im Fertigteilbau

Die Fertighaushersteller konnten sich 1999 über die Konjunkturlage im Wohnungsbau nicht beklagen. Ihre Domäne ist seit jeher der Verkauf von vorgefertigten Eigenheimen in Elementbauweise oder als Holzkonstruktion. Zwar bieten viele Hersteller auch Mehrfamilienhäuser oder Nutzbauten an, jedoch sind die Auftragseingänge anteilmäßig am gesamten Wohnungsbau in diesem Sektor sehr gering.

Genehmigte quantitative Bauleistung und veranschlagte Baukosten 1990 bis 1999 für die Errichtung neuer Gebäude im Wohn- und Nichtwohnungsbau

Jahr	Insgesamt				Wohnbau				Nichtwohnungsbau			
	Gebäude	Rauminhalt	Wohn-/Nutzfläche	veranschlagte Baukosten	Gebäude	Rauminhalt	Wohn-/Nutzfläche	veranschlagte Baukosten	Gebäude	Rauminhalt	Wohn-/Nutzfläche	veranschlagte Baukosten
	Anzahl	1 000 m <sup>3</sup>	1 000 m <sup>2</sup>	1 000 DM	%							
1990	13 250	23 293	3 837	6 282 362	84,7	52,9	54,6	66,0	15,3	47,1	45,4	34,0
1991	12 831	24 604	4 087	6 967 116	83,8	51,0	53,4	63,9	16,2	49,0	46,6	36,1
1992	13 448	25 756	4 255	7 837 981	84,7	54,0	56,6	66,9	15,3	46,0	43,4	33,1
1993	14 506	25 501	4 315	8 724 837	87,4	62,4	65,3	73,3	12,6	37,6	34,7	26,7
1994	17 336	28 667	5 078	10 495 253	88,4	68,7	69,7	77,9	11,6	31,3	30,3	22,1
1995	13 385	24 776	4 284	8 530 448	84,6	60,7	62,9	75,3	15,4	39,3	37,1	24,7
1996	12 905	21 700	3 743	7 624 593	84,9	59,0	60,5	72,6	15,1	41,0	39,5	27,4
1997	14 319	23 971	4 069	8 090 661	84,6	55,9	57,9	71,5	15,4	44,1	42,1	28,5
1998	14 971	24 650	4 264	8 122 932	84,0	55,2	55,9	72,0	16,0	44,8	44,1	28,0
1999	15 960	27 061	4 601	8 765 780	84,0	51,9	54,2	69,6	16,0	48,1	45,8	30,4



Mit 2 222 genehmigten Wohngebäuden – das ist ein Anteil von 16,6% an allen genehmigten neuen Wohngebäuden – sollten 1999 rund 300 Gebäude (+16%) mehr erstellt werden als 1998 (1 915). In diesen Gebäuden befinden sich insgesamt 2 701 Wohnungen (1998: 2 345). Die meisten Baugenehmigungen erteilten die Bauaufsichtsbehörden für die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern (1 931 bzw. 240), sodass der Eigenheimanteil an allen neuen Fertigteilwohnbauten bei fast 98% lag. Dabei legten die Baufreigaben für Einfamilienhäuser gegenüber 1998 um 18,3% zu (1998: 1 632), die Zahl der genehmigten vorfabrizierten Zweifamilienhäuser blieb annähernd konstant (1998: 247).

Ausstattung und Qualität von Fertigteilwohnbauten ist mit konventionellen Bauwerken heutzutage durchaus gleichzusetzen. Je Quadratmeter Wohnfläche mussten Bauherren, die sich 1999 für ein Fertighaus entschieden, 2 464 DM kalkulieren, je Kubikmeter Rauminhalt 448 DM. Im Schnitt bezifferten sich die reinen Baukosten je Gebäude auf 371 000 DM, je Wohnung auf etwas überdurchschnittliche 305 600 DM (Wohnbau insgesamt: 292 300 DM) bedingt durch den hohen Einfamilienhausanteil. Insgesamt stiegen die Gebäudeinvestitionen im Fertigteilbau um fast 20% auf gut 825 Mill. DM (1998: 692 Mill. DM) und erreichten einen Marktanteil von 13,5% an den gesamten Wohnbauinvestitionen in Neubauvorhaben. Bei der Wohnfläche errechnete sich ein Wert für 1999 von 335 000 m<sup>2</sup> (Anteil am Wohnbau insgesamt 13,4%), damit lag der genehmigte Flächenzuwachs gegenüber 1998 (283 000 m<sup>2</sup>) bei +18%.

#### **Baumaßnahmen an jedem 200. bestehenden Wohngebäude**

Neben der Errichtung neuer Gebäude und Wohnungen registriert die amtliche Statistik auch jede Baumaßnahme an bestehenden Gebäuden, bei der Wohn- oder Nutzfläche zu- oder abgeht. Die Bauaktivitäten in diesem Sektor tragen im Falle von Modernisierungs- bzw. Instandsetzungsbaumaßnahmen nicht unwesentlich zum Baugeschehen bei und sind somit wichtiger Bestandteil einer ausreichenden Wohnungsversorgung sowie einer qualitativen Bestandsverbesserung, vor allem in den Städten. Im Jahr 1999 sollten in Rheinland-Pfalz insgesamt 5 123 solcher Um-, Aus- oder Erweiterungsbaumaßnahmen vorgenommen werden, im Vorjahr waren es mit 5 312 geringfügig mehr gewesen.

Mit diesen Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sollten neben den 20 868 Neubauwohnungen zusätzlich noch einmal 2 166 (1998: 2 524) Wohnungen geschaffen werden, sodass sich 1999 ein Gesamtgenehmigungsergebnis von 23 034 Einheiten errechnet. Da die Zahl der genehmigten Maßnahmen 1999 aber mehr als doppelt so hoch war wie der dadurch ausgelöste künftige Wohnungszugang, wird deutlich, dass der überwiegende Teil (58%) der Baumaßnahmen auf die Modernisierung bereits vorhandenen Wohnraums (Ausbau, Wohnraumzusammenlegung) gerichtet war.

In den Gebieten der kreisfreien Städte des Landes wurden 908 der insgesamt 5 123 Baumaßnahmen genehmigt (17%); hierdurch werden dort 303 zusätzliche Wohnungen entstehen. In den Kreisgebieten (4 215

Baumaßnahmen) waren hingegen durch Veränderungen an bestehenden Gebäuden sechsmal so viele Wohneinheiten geplant (1 863). Gemessen am gesamten rheinland-pfälzischen Wohngebäudebestand zum 31. Dezember 1998 (1 019 676) sollten im Jahre 1999 bzw. zeitlich später lediglich an 0,5% der Wohngebäude Veränderungsbaumaßnahmen vorgenommen werden. Ein identischer Wert errechnet sich für kreisfreie Städte und Landkreise.

Das Investitionsvolumen für reine Veränderungsbaumaßnahmen bezifferte sich 1999 auf rund 775 Mill. DM. Je Maßnahme waren rund 151 000 DM kalkuliert. Der Anteil an den gesamten Wohnungsbauinvestitionen (6,9 Mrd. DM) des Jahres 1999 betrug 11,3%. Im vorangegangenen Berichtsjahr waren für genehmigte Baumaßnahmen rund 842 Mill. DM vorgesehen gewesen, das waren 12,6% der Gesamtinvestitionen im Wohnbau.

#### **Höchste Anzahl an genehmigten Nichtwohngebäuden seit 1980**

Die Hochbautätigkeit wird von drei Eckpfeilern getragen. Zum einen ist da der sich derzeit im Aufschwung befindliche Eigenheimbau (Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen), zum anderen der zurzeit nachfrageschwache, weil wenig renditeträchtige Mietwohnungsbau (Geschosswohnungsbau). Die dritte tragende Säule ist der Nichtwohnungsbau mit seinen vielfältigen Öffentlichkeits-, Verwaltungs-, Betriebs-, Lager- und Produktionsgebäuden. Bei der auch 1999 weiter zurückgehenden Mietwohnungsnachfrage kam – neben dem Eigenheimsektor – dieser „dritten Säule“ die wichtige Aufgabe zu, Auftragsverluste der Bauunternehmen aufzufangen.

Schon vorweg kann festgestellt werden: Die kurzfristige Entwicklung des Nichtwohnbaus war auch 1999 wieder sehr positiv. Mit insgesamt 2 602 neuen genehmigten Bauvorhaben wurde die höchste Anzahl an Baufreigaben seit dem Jahr 1980 (2 715) registriert. Die veranschlagten Baukosten bezifferten sich auf fast 2,7 Mrd. DM, einschließlich Baumaßnahmen waren es sogar gut 3,4 Mrd. DM. Bereits 1998 waren für das letzte Jahrzehnt (Jahresdurchschnitt 2 125) schon überdurchschnittlich viele neue Nichtwohngebäude (2 398) genehmigt worden. 1999 stieg die Zahl der erteilten Baugenehmigungen nochmals um 8,5% an.

Gemessen an allen Neubauinvestitionen im Hochbau des Jahres 1999 von rund 8,77 Mrd. DM – der höchste Wert seit dem Rekordjahr 1994 – erreichte der Nichtwohnungsbau einen Anteil von etwas über 30% und unterstreicht damit seine zunehmende Bedeutung hinsichtlich Beschäftigung und Kapazitätsauslastung der Bauunternehmen. Seit dem Jahre 1994 (22,1%) hat sich der Nichtwohnbauanteil von gut einem Fünftel auf fast ein Drittel an den gesamten Hochbauinvestitionen erhöht.

Die geplante Bauleistung im Nichtwohnungsbau bezifferte sich 1999 auf eine Nutzfläche von gut 2,1 Mill. m<sup>2</sup> (+12%); 1998 waren 1,88 Mill. m<sup>2</sup> in den Gebäuden verplant worden. Der Rauminhalt betrug im Berichtsjahr 13 Mill. m<sup>3</sup>, das bedeutet einen Anstieg des Bauvolumens um fast 18% gegenüber 1998 (11 Mill. m<sup>3</sup>).



Die meisten (58%) der 1999 genehmigten neuen Nichtwohngebäude waren nicht landwirtschaftliche Betriebsgebäude (1 500), darunter befanden sich 404 Werkstatt- und Fabrikgebäude und 821 Handels- und Lagergebäude. Die Gebäude werden ihre Auftraggeber 1,48 Mrd. DM kosten, das sind 56% aller 1999 vorgesehenen Nichtwohnbauinvestitionen. Gegenüber 1998 (1 394) war bei den Nichtwohngebäuden dieser Art ein Genehmigungsplus von 7,6% festzustellen, die Baukosten lagen um 14,2% über dem Vorjahr. Am zweithäufigsten wurden 1999 landwirtschaftliche Betriebsgebäude genehmigt (610), es folgen die Büro- und Verwaltungsgebäude (249), die sonstigen Nichtwohngebäude (209) sowie 34 Anstaltsgebäude.

Je Nichtwohngebäude wurden im Berichtsjahr deutlich mehr Baukosten veranschlagt (1 025 000 DM) als im Vorjahr (949 700). Am teuersten waren im Schnitt die Anstaltsgebäude, an die meist individuelle bauliche Sonderanforderungen gestellt werden (4,36 Mill. DM). In der Preisskala folgen die ebenfalls meist höherwertig geplanten und ausgestatteten Büro- und Verwaltungsgebäude (2,14 Mill. DM) sowie die Gruppe der sonstigen Nichtwohngebäude (1,62 Mill. DM). Weit günstiger war im Mittel die Erstellung der nicht landwirtschaftlichen (986 000 DM) und der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude (268 000 DM).

Während im Wohnbau die privaten Bauherren eindeutig das Baugeschehen dominieren, sind naturgemäß im Nichtwohnbau die Unternehmen die Hauptinvestoren. Von den 2 602 neu genehmigten Nichtwohngebäuden entfielen auf diese Bauherrengruppe 2 218 Genehmigungen (85%) mit einem Investitionsvolumen von 2,16 Mrd. DM (81%). Daneben wollten 1999 Organisationen ohne Erwerbszweck weitere 105 Gebäude, private Haushalte 109 sowie öffentliche Bauherren 170 Nichtwohnbauten errichten.

#### Ebenso viele Wohnungen bezugsreif wie im Vorjahr

Seit dem Berichtsjahr 1996 ist in Rheinland-Pfalz trotz der Verlagerung der Genehmigungsstruktur hin zum Eigenheimbau eine Verstärkung des Wohnungsbaus spürbar. Für den Bau von neuen Wohnungen wurden im Zeitraum 1996 bis einschließlich 1999 insgesamt 84 937 Genehmigungen erteilt, einschließlich der ausgeführten Baumaßnahmen wurde die Errichtung

von 98 707 Wohneinheiten genehmigt. Im Jahresmittel der letzten vier Berichtsjahre entsprach dies Baugenehmigungen für 21 234 bzw. 24 677 Wohnungen pro Jahr. Eng gestreut um diese beiden Mittelwerte liegen die einzelnen Jahresergebnisse 1996 bis 1999.

Die hinsichtlich der Gebäudekategorien unterschiedliche Wohnungsbauentwicklung schlug 1999 auf die Baufertigstellungen im Wohnbau durch. Insgesamt (einschließlich Baumaßnahmen) wurden 1999 in Wohngebäuden 23 346 Wohnungen bezugsreif, in Neubauten waren es 20 932. Die vergleichbaren Vorjahreswerte wurden fast erreicht (24 061 bzw. 21 149). Die Baufertigstellungen von Wohnungen innerhalb der Wohngebäudearten spiegeln die Entwicklung der Baugenehmigungen wieder. In Einfamilienhäusern war mit 8 844 Wohnungen ein Fertigstellungsplus von 20,6% festzustellen (1998: 7 335), dagegen ging das Ergebnis für Wohnungen in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen von 9 480 im Jahre 1998 um 22% auf 7 394 zurück. In Zweifamilienhäusern wurden 4 694 Wohnungen bezugsreif, 8,3% mehr als in der Vorperiode (4 334). Die Bauherren können insgesamt 12 381 neue Wohngebäude (+13,6%) beziehen, 1998 waren in Rheinland-Pfalz 10 902 Gebäude bezugsreif geworden.

Die meisten Neubauwohnungen konnten 1999 im Westerwaldkreis an die Bauherren übergeben werden (1 524). Mehr als 1 000 Fertigstellungen wurden außerdem noch in den Kreisen Mayen-Koblenz (1 393), Neuwied (1 032), Kaiserslautern (1 017) und Ahrweiler (1 003) registriert. Unter den zwölf kreisfreien Städten des Landes nahm hinsichtlich der Baufertigstellungen die Stadt Mainz mit 847 Wohnungen vor den Städten Ludwigshafen (497) und Kaiserslautern (348) den Spitzenplatz ein.

#### Wohnungsbau in der „Schieflage“?

Die in den letzten drei bis vier Jahren eingetretene Veränderung der Wohnungsbautätigkeit hin zum Bau von Eigenheimen sowie die erhöhte Investitionsneigung im Nichtwohnbau haben im Hochbau insgesamt zu einem – wenn auch moderaten – positiven Verlauf geführt. Die im gleichen Zeitraum eingetretenen Produktionseinbußen beim Bau von neuen Mietwohnungen konnten hinsichtlich der zu erbringenden Gesamtbauleistung (Wohn-, Nutzfläche, Rauminhalt) als auch der

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1990 bis 1999

Jahr	Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Davon					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon in		
					Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern <sup>2)</sup>
1990	16 650	1 064	336	15 250	7 062	2 870	5 318
1991	19 603	1 550	281	17 772	7 043	3 222	7 507
1992	20 705	1 967	389	18 349	6 820	3 146	8 383
1993	25 901	1 515	402	23 984	7 335	4 134	12 515
1994	33 447	2 773	377	30 297	8 830	5 818	15 649
1995	34 822	3 896	459	30 467	7 440	5 640	17 387
1996	26 989	3 102	438	23 449	5 752	4 200	13 497
1997	27 202	4 352	508	22 342	6 865	4 606	10 871
1998	24 061	2 436	476	21 149	7 335	4 334	9 480
1999	24 094	2 621	541	20 932	8 844	4 694	7 394

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.



Fertigstellungen im Wohnbau<sup>1)</sup> 1999 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Nutzfläche	Wohnungen	Wohnfläche	Wohnräume	Veranschlagte Baukosten
	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	196	5,3	331	33,0	1 411	84 462
Landkreise						
Ahrweiler	665	24,6	1 091	113,7	5 112	264 683
Altenkirchen (Ww.)	682	26,9	742	95,9	4 256	222 736
Bad Kreuznach	589	19,6	716	87,8	3 771	205 035
Bad Kreuznach, St.	66	2,3	68	9,2	390	22 579
Birkenfeld	387	11,2	444	55,3	2 526	132 663
Idar-Oberstein, St.	110	5,6	133	15,2	691	37 793
Cochem-Zell	392	13,9	473	57,0	2 521	138 604
Mayen-Koblenz	1 028	27,0	1 468	172,9	7 405	422 839
Andernach, St.	100	4,7	147	16,9	720	38 867
Mayen, St.	67	2,6	87	9,9	440	23 468
Neuwied	941	33,5	1 142	139,6	6 377	319 026
Neuwied, St.	226	5,8	282	30,8	1 382	71 238
Rhein-Hunsrück-Kreis	555	23,3	693	83,8	3 802	204 493
Rhein-Lahn-Kreis	679	24,4	878	103,0	4 674	250 962
Lahnstein, St.	60	3,3	115	11,4	548	25 660
Westerwaldkreis	1 283	72,8	1 613	200,9	8 523	481 981
<b>RB Koblenz</b>	<b>7 397</b>	<b>282,6</b>	<b>9 591</b>	<b>1 143,0</b>	<b>50 378</b>	<b>2 727 484</b>
Kreisfreie Stadt Trier	218	8,0	265	31,1	1 425	79 992
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	333	11,6	413	48,9	2 305	118 531
Bitburg-Prüm	541	16,9	606	76,9	3 523	181 220
Daun	413	12,6	463	55,8	2 434	130 016
Trier-Saarburg	592	24,5	863	98,3	4 538	237 231
<b>RB Trier</b>	<b>2 097</b>	<b>73,6</b>	<b>2 610</b>	<b>311,0</b>	<b>14 225</b>	<b>746 990</b>
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	112	6,7	199	19,3	1 099	75 104
Kaiserslautern	248	5,9	437	44,6	2 029	112 459
Landau i. d. Pfalz	159	3,7	206	20,3	892	55 101
Ludwigshafen a. Rhein	280	2,1	520	48,6	2 197	111 324
Mainz	411	14,7	900	81,3	3 685	186 061
Neustadt a. d. Weinstr.	185	7,5	239	26,7	1 156	69 249
Pirmasens	57	0,2	43	5,5	242	12 587
Speyer	69	2,6	150	15,4	692	39 287
Worms	193	5,7	337	35,1	1 579	83 678
Zweibrücken	113	4,1	109	15,2	674	37 551
Landkreise						
Alzey-Worms	683	22,4	880	108,9	4 721	263 098
Bad Dürkheim	791	26,2	1 071	121,6	5 436	301 233
Donnersbergkreis	466	-0,1	628	74,8	3 156	176 268
Germersheim	625	24,2	746	95,9	4 050	242 442
Kaiserslautern	774	14,8	1 149	145,1	6 760	340 598
Kusel	173	5,5	188	22,7	970	56 422
Südliche Weinstraße	658	26,0	905	105,2	4 591	284 124
Ludwigshafen	652	14,6	804	97,2	4 030	235 865
Mainz-Bingen	723	19,3	1 045	116,3	5 108	273 971
Bingen am Rhein, St.	58	0,4	51	6,2	267	15 028
Ingelheim am Rhein, St.	84	4,9	132	14,8	664	37 027
Südwestpfalz	553	14,4	589	77,9	3 427	186 081
<b>RB Rheinhessen-Pfalz</b>	<b>7 925</b>	<b>220,5</b>	<b>11 145</b>	<b>1 277,5</b>	<b>56 494</b>	<b>3 142 503</b>
Rheinland-Pfalz	17 419	576,8	23 346	2 731,5	121 097	6 616 977
kreisfreie Städte	2 241	66,6	3 736	376,2	17 081	946 855
Landkreise	15 178	510,2	19 610	2 355,3	104 016	5 670 122

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.



**Fertigstellungen neuer Wohngebäude 1999 nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Wohn- gebäude	Darunter Einfamilien- häuser	Raum- inhalt	Nutzfläche	Wohnungen	Wohn- fläche	Wohn- räume	Veranschlagte Baukosten
	Anzahl		1 000 m <sup>3</sup>	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	107	67	158	5,9	295	28,3	1 223	73 347
Landkreise								
Ahrweiler	469	319	560	27,5	1 003	101,9	4 616	241 453
Altenkirchen (Ww.)	504	394	470	26,9	668	84,7	3 814	200 591
Bad Kreuznach	376	250	402	23,5	616	72,5	3 137	172 212
Bad Kreuznach, St.	40	26	41	2,6	64	7,5	332	18 869
Birkenfeld	256	182	270	13,2	388	45,2	2 096	112 167
Idar-Oberstein, St.	63	45	73	5,6	124	12,5	594	31 991
Cochem-Zell	286	207	287	15,2	398	48,7	2 175	121 927
Mayen-Koblenz	820	592	886	26,8	1 393	161,2	6 911	393 136
Andernach, St.	73	51	78	4,9	123	14,5	619	33 784
Mayen, St.	51	32	51	2,5	81	9,0	402	21 605
Neuwied	708	515	670	35,4	1 032	124,5	5 740	287 937
Neuwied, St.	161	116	150	5,7	254	26,9	1 240	62 403
Rhein-Hunsrück-Kreis	434	307	443	25,1	639	75,8	3 453	188 670
Rhein-Lahn-Kreis	453	318	502	27,8	764	87,2	4 050	214 222
Lahnstein, St.	32	20	53	3,7	115	10,5	528	23 242
Westerwaldkreis	1 056	795	1 067	72,0	1 524	186,0	7 904	451 372
RB Koblenz	5 469	3 946	5 715	299,3	8 720	1 015,9	45 119	2 457 034
Kreisfreie Stadt Trier	145	105	147	7,4	266	27,1	1 266	63 065
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	258	197	259	12,6	374	44,0	2 090	107 002
Bitburg-Prüm	394	298	404	19,9	528	65,7	3 082	158 293
Daun	284	217	283	14,8	387	46,3	2 042	113 377
Trier-Saarburg	480	345	524	26,2	779	89,2	4 163	217 973
RB Trier	1 561	1 162	1 617	80,9	2 334	272,4	12 643	659 710
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	81	59	142	6,6	193	17,7	1 047	70 281
Kaiserslautern	168	123	187	6,4	348	36,0	1 657	87 135
Landau i. d. Pfalz	73	61	89	5,0	155	15,9	699	43 405
Ludwigshafen a. Rhein	209	157	231	2,1	497	44,1	2 023	100 058
Mainz	265	173	360	15,3	847	73,1	3 370	163 127
Neustadt a. d. Weinstr.	94	56	129	7,7	226	23,0	1 016	53 978
Pirmasens	21	18	20	0,9	25	3,4	146	8 838
Speyer	39	27	72	2,6	129	12,7	555	29 119
Worms	149	116	179	6,4	314	31,7	1 441	77 036
Zweibrücken	81	66	81	4,3	98	13,3	592	33 840
Landkreise								
Alzey-Worms	525	373	545	25,2	795	96,5	4 250	239 644
Bad Dürkheim	547	380	599	28,1	967	106,3	4 806	263 519
Donnersbergkreis	330	234	362	4,6	547	63,2	2 721	153 492
Germersheim	364	255	463	24,7	683	77,9	3 410	206 495
Kaiserslautern	612	380	712	18,8	1 017	128,8	6 139	309 371
Kusel	113	90	109	6,0	158	18,5	799	48 270
Südliche Weinstraße	449	313	524	30,5	759	87,2	3 847	239 173
Ludwigshafen	393	262	460	16,5	716	81,6	3 404	201 021
Mainz-Bingen	471	320	519	23,5	884	96,2	4 270	227 791
Bingen am Rhein, St.	19	9	20	0,9	37	3,9	174	8 856
Ingelheim am Rhein, St.	55	38	72	5,3	115	12,9	572	31 846
Südwestpfalz	367	273	384	14,9	520	66,3	2 939	160 625
RB Rheinhessen-Pfalz	5 351	3 736	6 168	250,2	9 878	1 093,4	49 131	2 716 218
Rheinland-Pfalz	12 381	8 844	13 500	630,3	20 932	2 381,7	106 893	5 832 962
kreisfreie Städte	1 432	1 028	1 796	70,6	3 393	326,2	15 035	803 229
Landkreise	10 949	7 816	11 704	559,7	17 539	2 055,5	91 858	5 029 733



veranschlagten Baukosten vollständig kompensiert werden. Die erhöhten Auftragseingänge bei Eigenheimen und Nichtwohngebäuden sicherten auch im vergangenen Jahr Beschäftigung und Auslastung der mit der Bauausführung beauftragten Unternehmen.

Die politisch gewollte und daher geförderte Wohneigentumsbildung der Bevölkerung hat sich in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre spürbar verstärkt, nicht zuletzt wegen der anhaltenden Diskussion um zukünftige Rentenmodelle und die damit einhergehende unsichere Entwicklung des Rentenniveaus aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Das Erreichen von Wohneigentum – sei es durch Errichtung oder durch Erwerb – stand bei den Bürgern in Rheinland-Pfalz im Jahr 1999 hoch im Kurs, ist es doch langfristig im Hinblick auf das Ende der Erwerbstätigkeit und kurzfristig wegen der zurzeit noch günstigen Zinsen eine der lukrativsten Anlageformen.

Zum Zeitpunkt der Mikrozensus-Zusatzerhebung vom April 1998 waren in Rheinland-Pfalz 55% aller Wohnungen privates Wohneigentum. Nach dem Saarland entsprach dies der zweithöchsten Eigentümerquote unter allen Bundesländern. Eine weiterhin gute Eigenheimbautätigkeit sowie der nicht selten wegen fehlender Rentabilität realisierte Verkauf größerer Mietwohnungsbestände durch Wohnungsbaugesellschaften und eine damit oftmals verbundene Umwidmung in Eigentumswohnungen werden bei gleichzeitig stagnierendem bzw. rückläufigem Mietwohnbau dazu führen, dass sich die Eigentümerquote in Rheinland-Pfalz kurzfristig weiter erhöht.

Eine fast ausschließlich auf die Karte Eigentumsförderung setzende Wohnungsbaupolitik ginge jedoch an den sehr unterschiedlichen Wohnbedürfnissen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vorbei. Eine soziale Wohnungspolitik muss auch unter sozialen Gesichtspunkten auf die Befriedigung von Wohnbedürfnissen zielen. Zurzeit gilt der Wohnungsmarkt in Rheinland-Pfalz – anders als zu Beginn des Jahrzehnts – als weitgehend entspannt; überquellende Anzeigenseiten großer Tageszeitungen scheinen dies zu belegen. Warum muss aber trotzdem vor der potenziellen Gefahr einer neuen Wohnungsnot gewarnt werden?

Rückläufige Mieten beziehen sich in der Regel auf die oberen, teureren Segmente im privaten Wohnungsneubau, in dem zunehmend die Grenzen des Machbaren erreicht, vielleicht sogar schon überschritten sind. Bei preiswertem Wohnraum trifft die Wohnungsnachfrage jedoch auf eine reduzierte Angebotsseite. In den kommenden Jahren wird sich diese Situation noch verschärfen, denn die Kluft zwischen preisgünstigem Angebot und vorhandener Nachfrage driftet weiter auseinander. Der Bestand an preisgünstigerem, für bestimmte Gesellschaftsschichten noch bezahlbarem Wohnraum nimmt von Jahr zu Jahr ab, weil u. a. der Sozialwohnungsbestand wegen des Bindungsauslaufs bei rückläufigen Bewilligungen im Sozialmietwohnbau schrumpft. Gleichzeitig wird die Zahl der nur Teilzeitbeschäftigten oder geringfügig Beschäftigten, der Langzeitarbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger, der Personen mit unterdurchschnittlichem Erwerbseinkommen, der alleinlebenden Auszubildenden und Studenten, Alleinerziehenden usw. aller Voraussicht nach nicht

kleiner. Von einer Entspannung des Wohnungsmarktes kann also nicht generell die Rede sein. Statistisch werden verdeckte Formen von Wohnungsknappheit (beengte Wohnverhältnisse, Verbleiben in familiären Wohnverhältnissen, da eine eigene Wohnung nicht bezahlt werden kann usw.) oder gar akute Wohnungsnot weniger offensichtlich, da die amtliche Statistik mit absoluten Zahlen bzw. mit globalen Durchschnittswerten (Wohnfläche je Person, Wohnungsversorgung je 1 000 Einwohner etc.) operiert.

Eine soziale Wohnungspolitik sollte daher sowohl auf die Bildung von Wohneigentum als auch auf den reinen Versorgungsaspekt, das heißt auf ein adäquates Wohnraumangebot für alle gesellschaftlichen Gruppen, setzen. Extrem hohe Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsziffern beim Eigenheimbau sind zwar ein positives Zeichen, jedoch noch kein Grund, flankierende Maßnahmen im Mietwohnungsbereich zu unterlassen. Dem sozialen Wohnungsbau wird auch in Zukunft eine tragende, wenn auch veränderte Rolle zuwachsen. Das Auffächern und Auflockern der bislang zu starren Bewilligungspraxis ist Indiz dafür, dass die Politik die Gefahren einer zu einseitigen Schwerpunktsetzung im Wohnungsbau erkannt hat.

So wurden bereits neue Förderinstrumente in der Praxis des sozialen Wohnungsbaus implementiert, die in Rheinland-Pfalz über das derzeit bundesweit vorgeschriebene Erhebungsprogramm hinausgehend erfasst werden (Zinsgarantieprogramm, Konversionsprogramm, Förderung von Sozialboden, Sanierung von Sozialwohnungen, Ankauf von Belegungsrechten, Förderung der Modernisierung von Wohnungen). Obwohl (noch) im statistischen Verbundprogramm der Länder nicht vorgesehen, veröffentlicht das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz bereits seit dem Jahr 1996 zusätzlich zum Statistikprogramm der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau diese für die Gesamtentwicklung und Beurteilung des Wohnungsbaus in Rheinland-Pfalz wichtigen Daten.

Der – gemessen an den Fallzahlen – seit 1994 kontinuierlich rückläufige soziale Wohnungsbau bedarf einer dringenden Belebung. Im Berichtsjahr 1999 wurden nur noch 2 202 Wohnungen im 1. bis 3. Förderungsweg (einschließlich des Erwerbs vorhandener Wohnungen sind es 2 475) öffentlich gefördert; 1994 waren es noch über 6 000. Wie bei den Baugenehmigungen konzentrierten sich die Fördermaßnahmen auf die Eigentums- bzw. Eigentümerwohnungen (1 840). Demgegenüber standen nur noch 362 öffentlich geförderte Mietwohnungen.

In der aktuellen Bewilligungspraxis werden zusätzlich Sozialwohnungen mit den vorgenannten Sonderprogrammen gefördert. Mit diesen Instrumenten wurden 1999 weitere 614 Einheiten bezuschusst, davon die meisten im Konversionsprogramm (489). Somit errechnet sich für das Jahr 1999 ein Gesamtförderungsergebnis von 3 089 Wohnungen mit einem Fördervolumen von rund 201 Mill. DM. Daneben konzentriert sich die öffentliche Wohnungsbauförderung seit einiger Zeit auch auf die Modernisierung von Sozialwohnungen. Für derartige Maßnahmen wurden 1999 Finanzmittel von 21 Mill. DM bereitgestellt, mit denen 3 764 bestehende Sozialwohnungen modernisiert werden sollen.



## Ausblick auf 2000

Der Jahreswirtschaftsbericht 2000 prognostiziert für das laufende Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,5%. Mit rund 7 bis 8% des Bruttoinlandsprodukts machen die Wohnungsbauinvestitionen einen bedeutenden Teil der gesamtwirtschaftlichen Leistung aus. Der im Mietwohnungsbau der letzten Jahre sichtbar gewordene Rückgang der Baugenehmigungen wird sich aller Voraussicht nach in 2000 abgeschwächt fortsetzen und auch auf die Nachfrage nach Eigentumswohnformen übergreifen. Ursächlich dafür ist die „Überhitzung“ der Eigenheimkonjunktur mit ei-

nem Bauboom, der sich auf dem in 1999 erreichten Niveau von rund 10 000 Einfamilienhäusern wohl schwerlich stabilisieren lassen wird. Wieder steigende Kapitalmarktzinsen für Grundschuld Darlehen – bei allerdings immer noch relativ günstigem Zinsniveau – und die zum 1. Januar 2000 beschlossene Reduzierung der Einkommensgrenzen bei der Eigenheimzulage von 120 000/240 000 DM pro Jahr für Ledige/Verheiratete auf 80 000/160 000 DM zuzüglich 30 000 DM pro Kind sprechen eher dafür, dass auch im Eigenheimbau mit einer Phase rückläufiger Baugenehmigungen gerechnet werden muss.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler



## Geburten in Rheinland-Pfalz nehmen weiter ab

In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 1999 insgesamt 38 190 Kinder lebend zur Welt. Davon waren 18 649 Mädchen und 19 541 Jungen; auf 1 000 Mädchen- geburten kamen damit 1 048 Knabengeburten (1998: 1 044). Die Geburten sind in Rheinland-Pfalz weiter zurückgegangen; gegenüber 1998 nahmen sie um 1 449 oder 3,7% ab.

4 134 Neugeborene, das sind rund 11%, hatten ausländische Eltern bzw. Mütter. Auch ihre Zahl hat sich verringert; im Jahr 1998 waren es noch 4 294 Kinder.

Die Zahl der Gestorbenen nahm in Rheinland-Pfalz ebenfalls ab, allerdings nur leicht um 0,4%. Insgesamt starben im vergangenen Jahr 42 524 Menschen. Der Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen stieg deshalb auch 1999 weiter an. Er belief sich auf 4 334 Menschen; im Jahr 1998 betrug dieser Überschuss nur 3 069 Personen. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist in Rheinland-Pfalz also weiter negativ.

Geringfügig angestiegen ist die Säuglingssterblichkeit. Im Berichtsjahr starben 176 Neugeborene vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres; das sind etwas über 4% mehr als 1998. Mit 22,9% nahmen die Säuglingssterbefälle in den ersten sieben Tagen nach der Geburt besonders stark zu. Auf 1 000 Lebendgeborene bezogen errechnet sich eine Säuglingssterblichkeitsquote von 4,6; im Jahr zuvor lag diese Messzahl bei 4,3. Trotz dieses leichten Anstiegs bewegt sich die Quote auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Vor dreißig Jah-

ren starben von 1 000 Neugeborenen noch 25,2 vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres.

Die Geburten und die Sterbefälle veränderten sich in den kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes gegenüber 1998 sehr unterschiedlich: Bei den Geburten gab es nur in fünf kreisfreien Städten bzw. Kreisen Zuwächse. Die größten Zunahmen hatten Koblenz (+4,5%) und der Landkreis Germersheim (+4,6%). In allen anderen kreisfreien Städten bzw. Landkreisen sanken die Geburtenzahlen, am stärksten im Landkreis Altkirchen (-12,1%) und in der Stadt Trier (-13,7%). Den höchsten Rückgang bei den Sterbefällen verzeichnete der Landkreis Trier-Saarburg (-8,9%), den stärksten Anstieg die kreisfreie Stadt Zweibrücken (+11,3%).

Eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung, das heißt einen Geburtenüberschuss, gab es 1999 nur in fünf Landkreisen. Mit Abstand an der Spitze lagen Mainz-Bingen und Germersheim, wo jeweils mehr Kinder geboren wurden als Einwohner verstarben. Ein geringer Überschuss errechnete sich in den Kreisen Alzey-Worms (44) und Trier-Saarburg (11) sowie im Westerwaldkreis (10). Ein negativer Saldo aufgrund des Überschusses an Sterbefällen von weniger als 100 war in acht Kreisen und kreisfreien Städten, ein negativer Saldo von mehr als 200 in zehn Landkreisen und kreisfreien Städten zu verzeichnen. Detaillierte Ergebnisse enthält der jährliche Statistische Bericht Bevölkerungsvorgänge, der für das Jahr 1999 in Kürze erscheinen wird. bō

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1998 und 1999

Merkmal	1998		1999		Veränderung 1999 zu 1998			
	insgesamt	Ausländer	insgesamt	Ausländer	insgesamt	Ausländer	insgesamt	Ausländer
	Anzahl				%			
Lebendgeborene	39 639	4 294	38 190	4 134	- 1 449	- 160	- 3,7	- 3,7
männlich	20 244	2 204	19 541	2 083	- 703	- 121	- 3,5	- 5,5
weiblich	19 395	2 090	18 649	2 051	- 746	- 39	- 3,8	- 1,9
nichtehelich	5 533	604	6 097	658	564	54	10,2	8,9
Gestorbene	42 708	615	42 524	644	- 184	29	- 0,4	4,7
männlich	19 890	414	19 802	412	- 88	- 2	- 0,4	- 0,5
weiblich	22 818	201	22 722	232	- 96	31	- 0,4	15,4
im 1. Lebensjahr	169	25	176	10	7	- 15	4,1	- 60,0
in den ersten 7 Tagen	70	11	86	4	16	- 7	22,9	- 63,6
Saldo	- 3 069	3 679	- 4 334	3 490	- 1 265	- 189	41,2	- 5,1
Totgeborene	174	24	171	17	- 3	- 7	- 1,7	- 29,2



# Bruttojahresverdienste der Angestellten

Die Bruttojahresverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe beliefen sich im Jahr 1999 in Rheinland-Pfalz auf durchschnittlich 88 803 DM; das war 1% mehr als im Vorjahr (87 901 DM). Angestellte im Dienstleistungssektor (Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe) verdienten im Schnitt deutlich weniger (64 168 DM). Hier war der Verdienstzuwachs gegenüber 1998 (62 586 DM) jedoch mehr als doppelt so hoch (+2,5%).

Der hohe Verdienstunterschied zwischen den Angestellten im produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich von jährlich im Schnitt rund 24 000 DM pro Kopf erklärt sich vorwiegend durch die durchschnittlich geringeren Bruttoverdienste im Einzelhandel. Hier wurden im Mittel - bei hoher Beschäftigtenzahl und überproportional hohem Frauenanteil - insgesamt nur 52 192 DM brutto (Männer: 59 635 DM, Frauen: 47 466 DM) gezahlt; das sind je Angestellten

rund 12 000 DM weniger als im gesamten Dienstleistungssektor und rund 5 000 DM weniger als im Handelsbereich insgesamt (57 283 DM).

Innerhalb des Dienstleistungssektors waren die Bruttojahresverdienste der Angestellten im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem Mittelwert von 71 875 DM (Männer: 81 844 DM, Frauen 61 117 DM) zwar überdurchschnittlich hoch und reichten an die Bruttojahresverdienste in einigen Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes wie dem Textil- und Bekleidungsgewerbe (75 810 DM), dem Verlagsgewerbe (74 068 DM) und dem Bergbau (75 294 DM) heran, jedoch lag der Verdienstmittelwert des Jahres 1999 sowohl unter dem Durchschnittsbruttoverdienst aller Angestellten (75 476 DM) als auch rund 17 000 DM unter dem durchschnittlichen Bruttojahresverdienst der Angestellten im produzierenden Gewerbe. hes

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der Angestellten 1998 und 1999

Wirtschaftsbereich Wirtschaftszweig	1998			1999			Veränderung		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
	DM						%		
Produzierendes Gewerbe, Dienst- leistungsgewerbe (Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe)	74 308	84 708	56 944	75 476	85 741	58 292	1,6	1,2	2,4
Produzierendes Gewerbe	87 901	95 294	65 799	88 803	96 171	66 637	1,0	0,9	1,3
verarbeitendes Gewerbe	88 513	96 069	66 350	89 211	96 602	67 266	0,8	0,6	1,4
darunter									
Ernährungsgewerbe und Tabakverar- beitung	81 466	88 036	64 385	82 168	88 545	66 083	0,9	0,6	2,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe	72 812	85 527	55 349	75 810	88 625	58 525	4,1	3,6	5,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	78 242	88 481	62 311	79 462	89 516	63 961	1,6	1,2	2,6
chemische Industrie	100 971	108 664	76 991	99 501	106 746	76 617	- 1,5	- 1,8	- 0,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	80 346	86 977	59 841	83 182	89 883	61 554	3,5	3,3	2,9
Fahrzeugbau	90 857	96 254	66 883	90 142	95 520	68 220	- 0,8	- 0,8	2,0
Energie- und Wasserversorgung	84 809	90 049	66 276	85 604	90 857	66 428	0,9	0,9	0,2
Baugewerbe	80 944	88 488	52 610	85 386	95 630	52 009	5,5	8,1	- 1,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchs- gütern, Kredit- und Versicherungs- gewerbe	55 554	62 984	47 537	57 283	65 096	48 760	3,1	3,4	2,6
darunter									
Einzelhandel	51 009	58 055	46 539	52 192	59 635	47 466	2,3	2,7	2,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	71 150	81 929	59 568	71 875	81 844	61 117	1,0	- 0,1	2,6
davon									
Kreditgewerbe	71 042	82 043	59 191	71 677	81 831	60 716	0,9	- 0,3	2,6
Versicherungsgewerbe	73 994	79 951	67 804	76 531	82 794	69 883	3,4	3,6	3,1



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	4 028	4 024	4 026	4 027	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 814	1 887	1 255	1 479	2 385	1 213 <sup>p</sup>	1 180 <sup>p</sup>	1 266 <sup>p</sup>	2 510 <sup>p</sup>
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	3,7	4,5	7,0	3,8 <sup>p</sup>	3,4 <sup>p</sup>	3,8 <sup>p</sup>	7,3 <sup>p</sup>
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 303	3 183	3 081	2 938	3 218	...	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	9,0	8,9	9,4	...	...	...	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	4 096	3 361	3 452	...	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	12,0	10,2	10,1	...	...	...	...
Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	14	15	11	9	22	...	...	...	...
je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	4,3	4,6	3,4	2,9	6,8	...	...	...	...
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 256	- 361	- 1 015	- 423	- 234	...	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 1,1	- 3,0	- 1,3	- 0,7	...	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	8 473	8 688	8 149	...	...	...	...
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	7 702	6 865	6 764	...	...	...	...
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	771	1 823	1 385	...	...	...	...
Innerhalb des Landes										
Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	13 867	13 678	12 955	12 685	11 947	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	156 582	150 906	144 696	154 142	147 738	141 334	133 739
Männer	Anzahl	88 177	82 051	88 342	83 838	79 596	86 511	81 863	77 262	71 980
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	9 500	7 989	7 163	9 006	8 195	7 084	6 204
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	47 794	45 577	44 602	45 369	43 178	40 729	37 897
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	8,8	8,2	8,7	8,4	7,9	8,4	8,1	7,3	6,9
Arbeitslosenquote <sup>7)</sup>	%	9,7	9,1	9,7	9,3	8,8	9,4	9,0	8,1	7,6
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	31 997	33 347	34 266	30 705	33 508	35 600	35 147
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	799	961	1 172	1 059	1 062	915	899	967	940
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	5 885	6 007	6 791	5 877	6 209	6 399	7 072
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	7 387	5 126	5 533	4 746	4 018	3 409	2 471
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen<sup>8)</sup></b>										
	t	12 389	12 637	13 913	12 279	12 221	12 056	12 356	11 564	12 299
Rinder	t	3 196	3 207	3 778	3 224	2 719	3 240	3 513	2 944	2 915
Kälber	t	28	29	46	25	24	21	23	46	18
Schweine	t	9 045	9 276	9 856	8 932	9 356	8 716	8 632	8 420	9 237
<b>Milch</b>										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	62 831	64 959	70 536	60 035	63 557	64 091	67 387
<b>Eier</b>										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	15 146	14 464	14 347	12 978	14 309	13 836	13 395
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>9)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 258	2 255	2 267	2 311	2 311	2 316	2 312
Beschäftigte	1000	312	308	309	306	307	302	302	302	303
Arbeiter <sup>10)</sup>	1000	200	197	198	196	196	192	192	193	193
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 611	26 090	28 112	26 424 <sup>r</sup>	25 302 <sup>r</sup>	26 313	27 162	24 695	27 557
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 711	1 698	1 609	1 635 <sup>r</sup>	1 660 <sup>r</sup>	1 565	1 598	1 641	1 903
Löhne	Mill. DM	913	903	863	881 <sup>r</sup>	878 <sup>r</sup>	821	846	865	987
Gehälter	Mill. DM	798	796	746	753	782 <sup>r</sup>	744	752	776	916
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 480	9 478	10 388	9 331 <sup>r</sup>	9 040 <sup>r</sup>	9 750	10 715	9 339	10 808
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 876	3 892	4 269	3 897 <sup>r</sup>	3 719 <sup>r</sup>	3 893	4 351	3 782	4 311
Exportquote <sup>11)</sup>	%	40,9	41,1	41,1	41,8 <sup>r</sup>	41,1 <sup>r</sup>	39,9	40,6	40,5	39,9

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Kohleverbrauch <sup>1)</sup>	1 000 GJ	4 311	2 673	3 417	-	-	-	2 242	-	-
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) <sup>1) 2)</sup>	Mill. kWh	9 686	10 093	10 604	-	-	-	11 037	-	-
Heizölverbrauch <sup>1)</sup>	1 000t	65	67	79	-	-	-	75	-	-
davon										
leichtes Heizöl	1 000t	33	35	42	-	-	-	43	-	-
schweres Heizöl	1 000t	32	32	37	-	-	-	32	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 185	1 128 <sup>f</sup>	1 137 <sup>f</sup>	1 187	1 253	1 187	1 233
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	165	164	169	154 <sup>f</sup>	186 <sup>f</sup>	168	174	135	118
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	563,52	556,13	719,34	658,76	425,02	672,57	641,55	...	...
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	81,99	78,03	105,24	132,19	76,95	109,46	123,20	...	...
übrige Energieträger	Mill. kWh	481,53	478,09	614,10	526,58	348,08	563,12	518,35	...	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	23,90	23,66	27,58	22,37	19,57	26,19	24,66	...	...
Pumpstromverbrauch	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	...	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	539,63	532,47	691,76	636,40	405,45	646,39	616,88	...	...
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	80,78	76,85	103,69	130,83	76,10	107,88	121,58	...	...
Laufwasser	Mill. kWh	79,92	76,02	101,67	129,58	75,75	106,30	119,99	...	...
Speicherwasser	Mill. kWh	0,86	0,83	2,02	1,25	0,35	1,58	1,58	...	...
Windenergie	Mill. kWh	0,15	0,23	0,25	0,19	0,13	0,33	0,28	...	...
Solarenergie	Mill. kWh	0,03	0,04	0,03	0,05	0,06	0,02	0,03	...	...
Kernenergie	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	...	...
Steinkohle	Mill. kWh	82,34	70,56	90,96	59,98	52,56	75,67	62,26	...	...
Erdgas	Mill. kWh	365,99	372,88	481,03	433,71	262,95	448,59	416,99	...	...
Heizöl	Mill. kWh	0,61	0,24	0,15	0,06	0,06	0,06	0,05	...	...
Müll	Mill. kWh	8,83	11,09	14,76	10,84	12,89	13,52	15,27	...	...
Klärgas	Mill. kWh	0,84	0,51	0,83	0,68	0,62	0,30	0,41	...	...
Diesel, Raffineriegas	Mill. kWh	0,06	0,07	0,07	0,07	0,09	0,03	0,03	...	...
Stromeinspeisung <sup>3)</sup>	Mill. kWh	23,80	29,82	32,07	26,97	26,36	44,33	42,36	...	...
Saldo des Stromaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 573,80	1 596,98	1 577,77	1 378,04	1 549,99	1 722,24	1 773,22	...	...
Stromverbrauch an dem öffentl. Netz <sup>4)</sup>	Mill. kWh	2 137,23	2 159,28	2 301,60	2 041,41	1 981,80	2 412,96	2 432,46	...	...
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,49	0,34	0,17	0,18	0,28	0,00	0,00	...	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 625,12	5 887,86	7 099,69	5 723,96	4 705,08	7 548,46	6 900,36	...	...
Verfügbare Gasmenge <sup>5)</sup>	Mill. kWh	5 616,92	5 851,27	7 086,56	5 643,87	4 577,49	7 407,76	6 826,73	...	...
Handwerk <sup>6)</sup>										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998= 100	100	96	97	-	...	-	94	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	100	104	89	-	...	-	94	-	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>7)</sup>										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	48 170	47 826	47 417	47 560	47 854	46 324	46 533	46 137	46 916
Facharbeiter	Anzahl	24 837	25 018	24 452	24 709	25 079	24 341	24 475	24 208	24 583
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 962	8 631	8 704	8 745	8 638	8 034	8 229	8 294	8 644
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1000	4 887	4 841	5 083	5 197	5 048	4 230	4 699	4 561	5 471
Hochbau insgesamt	1000	3 163	3 063	3 265	3 286	3 174	2 653	2 910	2 753	3 258
Wohnungsbau	1000	2 188	2 046	2 152	2 240	2 138	1 726	1 900	1 850	2 198
gewerblicher Hochbau	1000	741	768	878	794	770	681	759	691	786
gewerblicher und industrieller Bau	1000	701	733	851	759	730	659	734	669	754
Bahn und Post	1000	27	19	9	17	18	10	10	7	7
landwirtschaftlicher Bau	1000	14	17	18	18	22	12	15	15	25
öffentlicher Hochbau	1000	234	249	235	252	266	246	251	212	274
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1000	49	64	60	49	72	52	54	52	75
Körperschaften des öffentl. Rechts	1000	185	185	175	203	194	194	197	160	199
Tiefbau insgesamt	1000	1 725	1 778	1 818	1 911	1 874	1 577	1 789	1 808	2 213
gewerblicher Tiefbau	1000	467	468	522	499	458	507	573	540	647
gewerblicher und industrieller Bau	1000	372	340	437	359	348	318	349	362	441
Bahn und Post	1000	95	128	85	140	110	189	224	178	206
öffentlicher Tiefbau	1000	589	600	610	632	623	514	563	552	721
Straßenbau	1000	669	710	686	780	793	556	653	716	845
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	200	184	210	198	174	191	197	207
Löhne	Mill. DM	151	153	139	162	152	130	146	151	161
Gehälter	Mill. DM	46	47	45	48	46	44	45	46	46
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	708	716	618	669	736	509	645	663	744

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m<sup>3</sup> = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Von Industriekraftwerken, Anlagen mit erneuerbaren Energien, BHKW und Sonstige. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Messdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	1 439	1 301	1 157	1 104	1 124	982	981
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	1 072	1 002	857	857	888	764	781
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	258	221	210	181	175	169	136
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	109	78	90	66	61	49	64
Umbauter Raum	1000 m³	1 135	1 171	1 520	1 394	1 237	1 141	1 167	978	994
Wohnfläche	1000 m²	199	208	269	244	215	205	205	174	178
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	12 438	10 543	9 413	8 973	8 956	7 823	7 801
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	658	591	538	530	513	431	437
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	7	3	6	2	8	1	4
Unternehmen	Anzahl	159	193	224	226	141	200	163	178	176
Private Haushalte	Anzahl	885	916	1 208	1 072	1 010	901	949	803	800
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	275	228	213	155	191	171	200
Umbauter Raum	1000 m³	919	1 084	1 172	1 235	734	721	740	846	889
Nutzfläche	1000 m²	157	176	189	195	130	111	115	139	149
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	280	240	183	153	114	257	156
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	28	17	20	17	10	10	9
Unternehmen	Anzahl	170	185	237	196	183	126	168	146	175
Private Haushalte	Anzahl	9	9	10	15	10	9	7	7	7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	2 550	2 196	2 012	1 921	1 768	1 774	1 657
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 560	4 153	3 560	3 357	3 645	4 052	3 450	...
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 052	2 397	2 074	1 954	2 082	2 270	2 050	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	246	241	291	241	225	244	279	249	...
Dänemark	Mill. DM	58	55	68	65	50	48	57	50	...
Finnland	Mill. DM	29	25	31	26	24	24	28	23	...
Frankreich	Mill. DM	483	503	660	515	469	537	543	501	...
Griechenland	Mill. DM	27	27	30	32	30	29	28	33	...
Großbritannien	Mill. DM	293	299	324	266	282	284	301	277	...
Irland	Mill. DM	16	18	28	18	18	12	21	19	...
Italien	Mill. DM	248	281	325	290	302	306	323	287	...
Niederlande	Mill. DM	221	196	202	190	162	183	205	210	...
Österreich	Mill. DM	156	137	154	147	125	145	160	160	...
Schweden	Mill. DM	57	63	62	64	64	49	75	54	...
Spanien	Mill. DM	156	173	190	188	167	179	214	156	...
Portugal	Mill. DM	28	33	32	31	36	42	37	31	...
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	339	310	273	341	399	300	...
Japan	Mill. DM	72	76	65	64	64	82	118	56	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	527	437	415	467	499	395	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	420	358	349	312	367	317	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 428	2 690	2 420	2 256	2 238	2 731	2 692	...
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 471	1 718	1 469	1 336	1 282	1 662	1 675	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	325	237	315	324	221	198	218	233	...
Dänemark	Mill. DM	48	49	42	51	51	52	68	54	...
Finnland	Mill. DM	12	12	11	16	11	17	9	14	...
Frankreich	Mill. DM	390	367	417	339	302	273	414	436	...
Griechenland	Mill. DM	3	4	1	2	5	2	1	1	...
Großbritannien	Mill. DM	128	107	121	128	95	84	101	104	...
Irland	Mill. DM	21	15	15	7	14	13	17	15	...
Italien	Mill. DM	193	177	205	173	188	142	176	173	...
Niederlande	Mill. DM	289	264	248	171	236	289	371	315	...
Österreich	Mill. DM	96	78	91	88	63	59	63	82	...
Schweden	Mill. DM	48	34	58	36	22	20	67	40	...
Spanien	Mill. DM	106	103	166	101	105	107	121	168	...
Portugal	Mill. DM	27	23	27	31	23	26	36	40	...
USA und Kanada	Mill. DM	200	188	205	212	203	190	215	194	...
Japan	Mill. DM	88	76	89	84	58	70	103	58	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	169	161	162	160	172	212	193	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	259	252	249	260	286	334	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Einzelhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	92,4	92,7	90,6	89,0	90,5	91,3	91,5
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	104,2	103,3	98,5	95,9	98,0	99,9	100,3
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	91,1	105,7	97,1	87,9	102,5	99,8	106,0
<b>Großhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	97,8	94,5	95,0	97,3	97,7	96,6	97,6
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	116,9	103,6	103,8	107,0	123,3	109,6	127,2
<b>Gastgewerbe <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	86,3	87,9	85,3	83,5	82,0	86,8	87,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	93,5	95,2	84,8	83,5	81,2	87,4	88,2
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	81,0	88,3	96,9	82,2	90,1	97,2	106,6
<b>Tourismus</b>										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	536	570	400	536	674	335	422	532	696
Ausländer	1000	107	113	67	101	130	67	83	106	137
Übernachtungen	1000	1 671	1 753	1 161	1 526	2 005	950	1 223	1 632	1 982
Ausländer	1000	314	333	168	252	383	188	233	283	369
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1000 t	1 343	1 285 <sup>r</sup>	1 527 <sup>r</sup>	1 297 <sup>r</sup>	1 204	1 264 <sup>r</sup>	1 323 <sup>r</sup>	...	...
Güterversand	1000 t	703	721 <sup>r</sup>	753 <sup>r</sup>	735 <sup>r</sup>	582	855 <sup>r</sup>	954 <sup>r</sup>	...	...
<b>Straßenverkehr</b>										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	24 521	...	21 936	18 136	26 422	19 618	23 518
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	3 296	...	1 939	976	2 639	2 240	1 953
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	19 404	...	18 557	15 970	22 121	14 918	19 832
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	1 091	...	948	806	1 113	981	1 205
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	452	...	289	213	332	281	285
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 432	1 471	1 829	1 344	1 375	1 552	1 912
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	8 243	8 184	8 463	8 712	8 746	8 283	9 284
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	1 938	1 928	2 393	1 792	1 859	2 082	2 541
Getötete	Anzahl	32	32	16	22	30	30	32	42	29
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	11	12	17	21	21	23	11
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	1	5	3	1	2	14	12
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	1	4	1	3	1	2
Fußgänger	Anzahl	4	3	1	2	4	4	5	2	3
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	418	436	553	376	403	442	549
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	252	211	216	258	241	228	270
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	78	114	172	41	57	120	125
Radfahrer	Anzahl	47	55	36	47	82	22	33	43	80
Fußgänger	Anzahl	47	49	37	44	57	42	52	31	52
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	122	85	...	103	143	123	...
Angemeldete Forderungen	1000 DM	101 682	67 332	142 275	77 710	...	40 986	137 854	162 348	...

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Kredite und Einlagen</b> <sup>1) 2)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	·	·	185 821	·	·	·	197 490	·	·
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	·	·	26 397	·	·	·	25 747	·	·
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	21 196	·	·	·	18 835	·	·
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	138 228	·	·	·	152 908	·	·
Kredite an inländische Nicht- banken	Mill. DM	·	·	177 678	·	·	·	186 798	·	·
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	158 638	·	·	·	167 180	·	·
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	19 618	·	·
Kredite an ausländische Nicht- banken	Mill. DM	·	·	8 143	·	·	·	10 692	·	·
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	·	·	142 101	·	·	·	144 140	·	·
Sichteinlagen	Mill. DM	·	·	27 620	·	·	·	30 989	·	·
Termineinlagen	Mill. DM	·	·	39 615	·	·	·	40 237	·	·
Sparbriefe	Mill. DM	·	·	11 147	·	·	·	10 558	·	·
Spareinlagen	Mill. DM	·	·	63 719	·	·	·	62 356	·	·
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	137 477	·	·	·	138 887	·	·
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	134 079	·	·	·	134 363	·	·
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	·	·	3 398	·	·	·	4 524	·	·
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	4 624	·	·	·	5 253	·	·
<b>Steuern</b> <sup>3)</sup>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	3 367	3 211	4 170	4 263	3 807	3 488	4 848
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	1 372	852	1 834	1 669	1 410	845	2 218
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	830	879	1 474	1 622	854	873	1 502
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	188	157	–	–	541	745	–	–	569
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	83	– 115	– 123	– 101	51	– 135	– 99
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	9	31	362	18	13	47	355
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	9	18	79	80	15	17	92
Einnahmen aus der Zinsab- schlagserlegung	Mill. DM	22	20	–	–	66	58	–	–	77
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	441	40	43	51	478	43	368
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	–	–	29	3	–	–	111
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	1 996	2 359	2 337	2 594	2 397	2 643	2 631
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	556	673	822	967	538	673	783
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 440	1 686	1 514	1 627	1 859	1 970	1 848
Zölle	Mill. DM	200	185	173	196	168	190	192	217	175
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	284	186	220	102	354	214	276
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	152	155	186	118	145	31	243	162	187
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	88	57	64	44	94	40	78
Landessteuern	Mill. DM	128	139	145	134	195	133	153	114	141
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	6	3	6	7	6	4	5
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	71	72	65	56	70	64	76
Biersteuer	Mill. DM	7	7	6	7	7	5	6	6	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	Mill. DM	787	783	737	.	.	.	806	.	.
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	10	.	.	.	9	.	.
Grundsteuer B	Mill. DM	161	167	152	.	.	.	163	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	532	521	505	.	.	.	576	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	66	71	55	.	.	.	45	.	.
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup></b>										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	1 933	1 799	2 236	2 152	2 226	1 966	2 628
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	617	368	811	716	636	366	998
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 032	1 220	1 205	1 328	1 235	1 360	1 351
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	922	883	1 355	1 266	985	875	1 463
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	530	277	725	619	544	272	906
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	246	387	433	489	288	401	406
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 180	1 229	984	.	.	.	997	.	.
Gewerbesteuer (netto) <sup>3)</sup>	Mill. DM	406	405	431	.	.	.	505	.	.
Anteil an der Lohn- und veran- lagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	290	.	.	.	242	.	.
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	30	.	.	.	20	.	.
<b>Preise</b>										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	104,3	104,6	104,7	106,1	106,3	106,3	106,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	102,8	103,1	103,1	101,6	101,1	101,5	101,7
<b>Löhne und Gehälter <sup>4)</sup></b>										
<b>Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe</b>										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	.	4 565	.	.	.	4 696	.
Arbeiter	DM	4 641	4 731	.	4 709	.	.	.	4 841	.
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	.	3 410	.	.	.	3 497	.
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	.	27,55	.	.	.	28,07	.
Arbeiter	DM	27,76	28,36	.	28,33	.	.	.	28,84	.
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	.	30,25	.	.	.	30,86	.
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	.	27,13	.	.	.	27,61	.
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	.	23,17	.	.	.	23,62	.
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	.	21,16	.	.	.	21,52	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	.	20,08	.	.	.	20,40	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	.	38,1	.	.	.	38,5	.
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	.	38,3	.	.	.	38,6	.
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	.	37,0	.	.	.	37,4	.
<b>Angestellte</b>										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	.	6 473	.	.	.	6 583	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	.	5 952	.	.	.	6 038	.
Männer	DM	6 763	6 884	.	6 859	.	.	.	6 979	.
Frauen	DM	4 807	4 916	.	4 889	.	.	.	4 944	.
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	.	6 875	.	.	.	7 021	.
Männer	DM	6 886	7 055	.	7 039	.	.	.	7 186	.
Frauen	DM	5 183	5 390	.	5 333	.	.	.	5 480	.
im Handel, Kredit- u. Versicherungs- gewerbe	DM	4 586	4 706	.	4 689	.	.	.	4 805	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	.	4 674	.	.	.	4 790	.
Männer	DM	5 212	5 308	.	5 344	.	.	.	5 378	.
Frauen	DM	3 934	4 082	.	4 032	.	.	.	4 191	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	82 029	...	82 024	82 015	82 014	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	34 785	35 841 <sup>p</sup>	15 621 <sup>p</sup>	23 224 <sup>p</sup>	27 910 <sup>p</sup>	...	...	...	...
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	65 420	63 914 <sup>p</sup>	59 165 <sup>p</sup>	65 880 <sup>p</sup>	61 466 <sup>p</sup>	...	...	...	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 <sup>p</sup>	77 343 <sup>p</sup>	86 475 <sup>p</sup>	67 214 <sup>p</sup>	...	...	...	...
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 612	- 6 428 <sup>p</sup>	- 18 178 <sup>p</sup>	- 20 595 <sup>p</sup>	- 5 748 <sup>p</sup>	...	...	...	...
Arbeitslose	1000	4 279	4 099	4 465	4 288	4 145	4 293	4 277	4 141	3 986
Männer	1000	2 273	2 160	2 466	2 327	2 206	2 330	2 338	2 245	2 127
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	%	11,1	10,5	11,6	11,1	10,7	11,0	10,9	10,6	9,8
Arbeitslosenquote <sup>5)</sup>	%	12,3	11,7	12,8	12,3	11,9	12,2	12,2	11,8	10,8
Offene Stellen	1000	422	456	451	496	508	438	498	536	560
Kurzarbeiter	1000	118	119	161	167	136	101	121	126	107
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>6)</sup></b>										
Beschäftigte	1000	6 405	6 368	6 366	6 371	6 334	6 322	6 322	6 331	6 333
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	509	576	533	508	536	568	502
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	172 277	213 477	186 615	179 217	199 463	226 752	193 686
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	59 482	73 603	63 142	63 610	72 074	82 794	68 455
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	101,4	120,6	109,1	101,5	114,5 <sup>f</sup>	127,5	110,7
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	102,2	121,1	111,5	105,4	115,5 <sup>f</sup>	126,6	110,7
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	100,9	123,1	109,8	97,4	115,9 <sup>f</sup>	135,3	115,2
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	110,8	129,1	113,5	106,6	131,3 <sup>f</sup>	142,3	118,9
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	94,3	110,1	98,7	94,5	100,1 <sup>f</sup>	108,6	97,6
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	42 576	44 513	40 563	...	...	...	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	32 498	35 848	32 793	37 355	...	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>7)</sup></b>										
Beschäftigte	1000	1 156	1 110	1 034	1 088	1 116	1 028	1 006	1 020	1 030
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	72	117	121	74	88	102	99
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	10 248	14 052	15 752	10 365	11 535	14 127	13 823
<b>Baugenehmigungen <sup>8)</sup></b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	14 675	19 646	19 883	16 481	15 481	19 190	15 550
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	13 453	18 101	18 421	15 305	14 515	17 845	14 502
Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	3 521	3 403	2 615	3 456	3 474	2 834	2 590	3 314	2 693
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	2 873	3 525	3 509	2 494	2 657	3 414	3 056
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	28 652	37 567	37 331	29 050	26 225	33 703	27 453
<b>Handel und Gastgewerbe <sup>9)</sup></b>										
Einzelhandel										
Umsatz <sup>10)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	88,5	114,3	104,9	90,3	94,1	109,1	103,9
Großhandel										
Umsatz <sup>10)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	87,6	114,4	99,1	91,4	103,0	120,5	105,3
Gastgewerbe										
Umsatz <sup>10)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	79,5	89,8	92,8	80,7	82,3	90,8	93,7

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Januar und Februar 2000 ohne Hessen und Hamburg, März 2000 ohne Hamburg. – 9) Vorläufige Ergebnisse. – 10) Ohne Umsatzsteuer.



## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	82 005	75 443	84 109	80 770	82 232	90 841	101 971	88 508
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	46 630	44 784	46 492	46 658	49 552	53 033	58 269	52 981
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 578	4 507	4 766	4 443	4 847	5 053	6 069	5 226
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 411	9 548	8 996	9 459	10 096	10 667	11 054	10 625
Großbritannien	Mill. DM	6 780	6 940	6 613	7 342	6 835	6 952	8 314	8 507	7 663
Italien	Mill. DM	5 878	6 112	5 966	6 248	6 103	6 416	7 173	7 733	7 042
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 372	5 230	5 276	5 432	5 802	5 927	6 985	6 168
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	71 090	64 203	72 533	69 395	77 038	77 843	91 155	79 123
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	37 931	34 384	38 204	36 858	40 915	40 671	47 684	41 425
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 736	3 206	3 696	3 876	3 948	4 298	4 548	4 048
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 474	6 687	8 107	7 778	7 466	6 768	9 452	8 058
Großbritannien	Mill. DM	4 724	4 953	4 042	4 402	4 304	5 321	5 715	6 988	5 002
Italien	Mill. DM	5 376	5 278	4 912	5 435	4 940	5 549	5 196	6 325	5 741
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 742	4 949	5 372	5 580	7 227	6 765	7 757	7 170
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	41 083	52 478	42 690	53 595	45 448	52 838	43 874
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	16 606	33 746	20 433	29 366	19 179	33 645	21 271
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	17 637	18 401	19 366	22 673	18 747	18 553	19 128
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	- 2 688	2 740	- 1 685	- 806	- 1 713	2 205	- 804
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	24 337	18 733	20 465	24 208	26 130	19 132	20 798
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	21 124	14 563	16 232	19 678	21 453	13 958	16 336
Zölle	Mill. DM	540	519	401	550	537	493	507	530	494
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	8 806	11 832	9 666	3 643	10 517	12 655	8 768
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 163	1 160	4 511	1 060	799	742	4 918	844	722
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	3 213	8 476	7 578	1 174	4 351	9 362	6 756
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>1)</sup>	1991 = 100	103,6	102,8	101,0	101,8	102,5	106,7	108,2	109,6	110,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>1)</sup>	1991 = 100	87,1	82,7	84,2	84,7	83,5	83,7	86,4	88,5	88,3
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>1)</sup>	1995 = 100	99,5	98,5	97,7	97,7	98,3	99,8	100,0	100,0	100,4
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	98,4	-	-	-	98,5	-	-
Bauleistungen am Bauwerk <sup>2)</sup>	1995 = 100	98,7	98,4	98,3	-	-	-	98,5	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	95,3	-	-	-	96,8	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	104,3	104,4	104,8	105,8	106,2	106,4	106,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	103,0	102,9	103,2	101,0	101,6	101,1	101,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	105,5	105,5	105,5	107,4	107,4	107,4	107,3
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	101,6	101,8	101,8	101,9	101,7	102,0	102,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	106,1	106,4	107,4	108,8	109,2	109,5	109,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,0	102,0	102,1	102,1	102,1	102,2	102,2
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,4	110,4	110,5	110,4	110,6	110,6	110,7
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	104,6	104,9	107,0	111,4	111,7	113,1	112,0
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	89,0	90,0	88,7	87,3	85,8	84,7	84,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	104,4	104,1	101,7	103,5	105,0	104,7	104,3
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	117,2	117,3	117,2	118,8	119,0	119,1	119,1
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	103,9	103,7	104,3	104,4	105,3	104,9	105,9
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	104,0	104,0	104,3	106,1	106,2	106,2	106,4

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.



Soeben erschienen!

Faltblatt

## Fremdenverkehr 2000

– Rheinland-pfälzischer  
Tourismus  
als bedeutender  
Wirtschaftsfaktor

– Eckdaten vermitteln  
raschen Überblick

**Rheinland-Pfalz**  
Fremdenverkehr  
2000



STATISTISCHES LANDESAMT

Der Tourismus stellt in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren einen sehr bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar, weil die zahlreichen landschaftlich reizvollen Erholungsgebiete mit einem breitgefächerten und qualitativ ansprechenden Angebot aufwarten können. Im Bundesländervergleich nimmt Rheinland-Pfalz einen der vorderen Plätze ein. Auf 1 000 Einwohner entfielen 1999 durchschnittlich 5 222 Übernachtungen.

6,8 Mill. Gäste, das ist ein neues Rekordergebnis, und 21 Mill. Übernachtungen meldeten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe 1999. Den in- und ausländischen Touristen standen annähernd 190 000 Betten zur Verfügung, ein gutes Drittel davon alleine in Hotels, ein weiteres Fünftel in den Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben. Jede vierte Übernachtung fand in der Region Mosel/Saar statt. 90% aller Gästezimmer verfügten Anfang 1999 über Bad/Dusche und WC.

Diese und manch andere Informationen sind dem aktuellen Faltblatt „Fremdenverkehr 2000“ zu entnehmen.

Das Faltblatt kann beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, kostenfrei bestellt werden.

Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45

Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15

E-Mail: [poststelle@statistik-rp.de](mailto:poststelle@statistik-rp.de)

### Landau in der Pfalz größte Weinbaugemeinde

Landau in der Pfalz ist die, gemessen an der bestockten Rebfläche, größte Weinbaugemeinde in Rheinland-Pfalz. Mit einer Rebfläche von 2 049 ha (Stand: 30. Mai 1999) ist sie auch die bei weitem größte Weinbaugemeinde Deutschlands. Auf den Plätzen zwei und drei folgen mit Neustadt an der Weinstraße (2 029 ha) und Worms (1 390 ha) zwei weitere kreisfreie Städte.

Unter den Verbandsgemeinden hat Landau-Land mit 3 435 ha die weitaus umfangreichste Rebfläche in seinen Grenzen. Allein gut 800 ha davon liegen in der Ortsgemeinde Billigheim-Ingelheim. Die rheinhessischen Verbandsgemeinden Alzey-Land (2 967 ha), Wörrstadt (2 883 ha) und Westhofen (2 725 ha) nehmen die folgenden Ränge ein. Mehr als 2 000 ha Rebfläche haben ferner die Verbandsgemeinden Edenkoben und Grünstadt-Land im Anbaugebiet Pfalz, Nierstein-Oppenheim in Rheinhessen sowie die Verbandsgemeinden Schweich an der Römischen Weinstraße und Bernkastel-Kues im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer.

Unter den Landkreisen mit Weinbau steht Alzey-Worms mit 13 555 ha an erster Stelle vor Mainz-Bingen (10 763 ha) und Südliche Weinstraße (10 130 ha).

Die vollständigen Gemeindedaten über die bestockte Rebfläche in der Untergliederung nach Rebsorten hat das Statistische Landesamt kürzlich in einem Statistischen Bericht veröffentlicht. kr

### Touristen aus dem Ausland mögen Rheinland-Pfalz

In den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben konnten in den ersten fünf Monaten des Jahres fast 450 000 ausländische Gäste begrüßt werden. Das waren 8,5% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 2,7 Tagen verbuchten die Gastronomiebetriebe dabei 1,2 Mill. Übernachtungen. Dies entspricht einer Zunahme um 8,1%.

Zweistellige Zuwachsraten konnten die Beherbergungsbetriebe des Fremdenverkehrsgebietes Mosel/Saar verzeichnen. Die meisten Besucher kamen hier aus den Niederlanden. Zu den beliebtesten Reisezielen im Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar gehörten die Weinbaugemeinden Kröv und Leiwen, wo schwerpunktmäßig in großen Ferienhauseanlagen 61 000 bzw. 54 000 Ausländerübernachtungen gezählt wurden. el



## kurz + aktuell

### Entwicklung in den Weinbergen viel versprechend

Durch die günstigen Witterungsverhältnisse bis Ende Juni haben sich die Reben in Rheinland-Pfalz viel versprechend entwickelt. Ausreichende Niederschläge, hohe Temperaturen und reichlich Sonnenschein beeinflussten das Wachstum positiv und trugen zu einem guten Blüteverlauf bei.

Die Weinbauberichterstatistikerinnen und Weinbauberichterstatistiker konnten in diesem Jahr den frühesten Blühbeginn der letzten 50 Jahre verzeichnen, nur 1993 lag er ähnlich früh. Bei überwiegend hochsommerlichen Temperaturen wurde die Blüte im Juni zügig ab-

geschlossen. Die Verrieselung der Blüte beschränkte sich auf ein geringes Maß und hat keine Ertragseinbußen zur Folge.

Trotz der kühlen und regnerischen Witterung der ersten drei Juliwochen ist immer noch ein Vegetationsvorsprung vorhanden, wobei die Niederschläge für den Wasserhaushalt der Reben wichtig waren. Allerdings haben Hagelunwetter in Rheinhessen, an der Mosel und der Nahe Schäden in den Weinbergen verursacht. Dennoch wird aus allen Weinanbaugebieten über einen guten Traubenansatz berichtet. Damit bestehen derzeit Aussichten auf einen zumindest von der Menge her guten Weinjahrgang. po

### Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Juni		Veränderung
	1999	2000	
	Mill. DM		%
<b>Landessteuern</b>	898,6	821,2	- 8,6
Vermögensteuer	30,1	32,7	8,7
Erbschaftsteuer	187,3	123,2	- 34,2
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	106,3	87,5	- 17,7
Kraftfahrzeugsteuer	406,8	401,2	- 1,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	115,1	124,4	8,1
Feuerschutzsteuer	11,0	10,8	- 1,1
Biersteuer	42,1	41,4	- 1,7
<b>Landesanteil an den Steuern vom Einkommen</b>	3 782,9	3 679,7	- 2,7
Lohnsteuer	2 463,8	2 546,1	3,3
Veranlagte Einkommensteuer	- 15,6	- 1,8	X
Kapitalertragsteuer	358,7	319,3	- 11,0
Zinsabschlag	152,0	152,3	0,2
Körperschaftsteuer	824,0	663,9	- 19,4
<b>Landesanteil an den Steuern vom Umsatz</b>	2 310,9	2 469,7	6,9
Umsatzsteuer	1 795,9	1 771,6	- 1,4
Einfuhrumsatzsteuer	515,0	698,1	35,6
<b>Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage</b>	27,3	36,9	35,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)</b>	13,0	17,5	34,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)</b>	41,7	56,4	35,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform</b>	10,1	13,6	35,1
<b>Insgesamt</b>	7 084,6	7 095,0	0,1

### Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Juni 2000

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Juni 1999 in %
<b>Früheres Bundesgebiet<sup>1)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,8	1,9
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,8	-0,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	107,6	1,8
Bekleidung, Schuhe	102,3	0,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	109,9	2,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,3	-0,1
Gesundheitspflege	110,2	0,2
Verkehr	114,4	6,5
Nachrichtenübermittlung	83,9	-4,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,9	1,6
Bildungswesen	117,8	1,0
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	106,3	1,0
Andere Waren und Dienstleistungen	106,5	2,1
<b>4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen</b>		
Gesamtindex	106,6	1,7
<b>4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen</b>		
Gesamtindex	106,2	1,5
<b>2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen</b>		
Gesamtindex	107,1	1,5
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,9	1,9

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.



### Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
•	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
( )	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948–1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,– zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71–245, Telefax (0 26 03) 71–315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174–2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2000 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.